

18.07.2021

JRTEIL Nr. 659/2021 VOLLSTÄNDIGE
ABSCHRIFT

FRANZÖSISCHE REPUBLIK
IM NAMEN DES FRANZÖSISCHEN VOLKES

Nr RG 20/01384 - N° Portalis
DBVI-V-B7E-NSTM
BB/MB

COUR D'APPEL DE TOULOUSE [BERUFUNGSGERICHT TOULOUSE]
Dritte Kammer

Vorinstanzliche Entscheidung vom 16. Januar 2020 - TJ hors
VF, JEX, JLD, J. EXPRO, JCP de CASTRES -
W00493

URTEIL VOM ACHTEN JULI ZWEITAUSENDEINUNDZWANZIG

BERUFUNGSKLÄGER

BERUFUNGSBEKLAGTE

TEILWEISE AUFHEBUNG

Vollständige
Abschrift,
ausgestellt am
09.07.2021

ZUSAMMENSETZUNG DES GERICHTS

Nach Anhörung des Berichts wurde die Rechtssache am 26. Mai 2021 in einer öffentlichen Anhörung vor dem Gericht erörtert, bestehend aus:

die sich mit dieser Rechtssache befasst haben.

Gerichtsschreiber während der Beratungen:

URTEIL:

- KONTRADIKTORISCH
- nach Mitteilung an die Parteien öffentlich verkündet durch Übermittlung an die Geschäftsstelle
- unterzeichnet von _____, dem Präsidenten, und von _____, Gerichtsschreiber der Kammer.

SACHVERHALT

Seit 2004 sind Herr und Frau _____ Eigentümer eines alten Bauernhofs, der aus einem Wohnhaus und drei Gebäuden besteht, die 2006 in eine ländliche Ferienunterkunft umgewandelt wurden, und der sich in einem Ort namens "Caillé Bas" in der Gemeinde Margnes (neuer Name Fontrieu) im Herzen des Naturparks Haut Languedoc befindet, wo sie früher drei Ferienunterkünfte betrieben haben.

Sie klagen über verschiedene Seh- und Lärmbelastigungen und körperliche Probleme (Kopfschmerzen, Schwindel, Müdigkeit, Herzrasen, Tinnitus ...), verursacht durch einen Windpark, bestehend aus sechs Windturbinen, die 2008 und 2009 in einer Entfernung von 700 bis 1300 Metern von ihrem Grundstück durch die Gesellschaften _____ und _____ installiert wurden, deren Hauptaktionär die _____ ist. Diese Lärmbelastigungen, die sie im Mai 2015 zum Umzug gezwungen haben sollen, stellen ihrer Meinung nach abnorme Störungen der Nachbarschaft dar.

VERFAHREN

Mit Urkunden vom 30. März 2016 und 10. Januar 2017 ersuchten Herr und Frau _____ die Gesellschaften _____ vor dem Tribunal de grande instance de Castres [Zivilgericht der ersten Instanz in Castres] auf der Grundlage der Artikel 1382, 1383, 544 des code civil [Bürgerliches Gesetzbuch Frankreichs] für die Haftung und Entschädigung für ihre Schäden.

Mit Beschluss vom 14. Juni 2017 ernannte der Vorverfahrensrichter _____ als Akustikexpertin, die unter Bezugnahme der Expertise eines Sachverständigen in der Person von _____, ihren Bericht am 18. Dezember 2018 vorlegte. Das Gutachten ist ein kontradiktorisches Gutachten der drei Gesellschaften.

Mit Urteil vom 16. Januar 2020 hat das Gericht nach einer Besichtigung der Räumlichkeiten am 17. Dezember 2019:

- alle Klagen von Herrn und Frau _____ abgewiesen,
- die Klagen von _____ auf der Grundlage von Artikel 700 der Zivilprozessordnung abgewiesen,
- die Eheleute _____ zur Übernahme der Kosten, einschließlich der Sachverständigenkosten verurteilt.

Bei dieser Entscheidung berücksichtigte das Gericht wie folgt:

- dass einerseits, in Anerkennung der von den Klägern geltend gemachten Störungen, die den Unternehmen angelasteten Belästigungen nicht über die normalen Störungen der Nachbarschaft hinausgingen, da die visuellen Belästigungen und die Lärmbelästigungen minimal seien, dass die Fehlfunktion des Beleuchtungssystems sich als vorübergehend erwiesen habe, während die akustischen Quellen nicht als Belästigung eingestuft werden können;

- dass andererseits der Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein des Windparks und den Gesundheitsproblemen des Ehepaars weder direkt noch unbestreitbar war; die sich aus der von den Klägern geltend gemachten "Windstörung" ergebenden Schäden sind ihnen persönlich zuzurechnen, sie sind Teil einer komplexen und subjektiven medizinischen Situation, die nur bestimmte Personen betrifft.

Herr und Frau legten mit der Erklärung vom 15. Juni 2020 Berufung gegen die Entscheidung ein, mit der alle ihre Klagen abgewiesen worden waren.

RECHTSMITTEL UND ANSPRÜCHE DER PARTEIEN

In ihren letzten Schriftsätzen vom 30. April 2021 ersuchen **Herr und Frau** das Gericht, unter Berücksichtigung der Artikel 1240, 1241 und 544 des Code civil, in Bezug auf die Theorie der abnormen Nachbarschaftsstörungen:

- ihr Rechtsmittel für zulässig zu erklären,
- das Urteil in allen Punkten zu ändern,
- das Vorliegen einer abnormen nachbarschaftlichen Störung festzustellen, begründet in allen Belästigungen, die durch die Anwesenheit und den Betrieb des Windparks von Le Margnes, der 700 Meter vom Wohnhaus und der Ferienunterkunft von Herrn und Frau entstehen:

- die für haftbar zu erklären für diese abnorme Störung und für die die Schäden, die den Gesuchstellern dadurch entstanden sind;

Infolgedessen und um erneut zu entscheiden

- die zu folgenden Zahlungen zu verurteilen:

*249.000,00 EUR für den Verlust ihres Eigentums, Betrag zu vervollständigen;

*40.599,38 EUR für Nutzungsausfall, Betrag zu vervollständigen;

*14.912,78 EUR zur Deckung der Umzugskosten, Betrag zu vervollständigen;

*4.000,00 EUR Schmerzensgeld für jede Person;

*2.216,25 EUR für jede Person als Ausgleich für ihre teilweise Funktionsbeeinträchtigung

*30.000,00 EUR Entschädigung für jede Person für ihren jeweiligen immateriellen Schaden.

- zur Zahlung der Summe von 5.000 EUR gemäß Artikel 700 der Zivilprozessordnung sowie aller Kosten, einschließlich der Kosten des Sachverständigengutachtens.

Sie argumentieren wie folgt:

- die dürfe nicht aus dem Verfahren ausgeschlossen werden, weil sie als Eigentümerin der Anteile an den beiden anderen Gesellschaften solidarisch für die von ihnen verursachten abnormen Störungen der Nachbarschaft haftet; die Klage gegen den Eigentümer, dessen Grundstück die Quelle der Belästigung ist, ist zulässig;
- sie leiden unter Lärm und visueller Belästigung;
- abnorme Störungen der Nachbarschaft erfordern den Nachweis einer

Nachbarschaftsstörung, eines persönlichen Schadens, der unmittelbar mit der Belästigung zusammenhängt, und des Nachweises der Abnormität des Schadens, wobei die Abnormität der Störung sich mit der des Schadens verschmilzt; die Abnormität wird in concreto beurteilt nach "Umständen von Zeit und Ort, unter Berücksichtigung der Wahrnehmung oder Toleranz der der Personen, die darüber klagen", der Dauer des Geräusches und seiner Wiederholung,

*Zur Lärmbelästigung:

- Artikel 26 des Erlasses vom 26. August 2011 über die Errichtung von Windparks

schreibt vor, dass die Anlage keine Quelle von Luft- oder Bodenschall darstellen darf, und der Text verweist auf eine Tabelle mit zulässigen Pegeln, berücksichtigt jedoch keine sehr niedrigen Frequenzen oder Infraschall;

- allerdings muss für die Haftung für abnorme Störungen der Nachbarschaft kein Verschulden nachgewiesen werden, die Überschreitung der genannten Schwellenwerte oder die Einhaltung gesetzlicher Normen ist irrelevant, wenn nachgewiesen wird, dass die Störung eine übermäßige und konstante Belastung für die Anwohner darstellt,

- die Sachverständige wies auf eine Lärmbelästigung im Infraschallbereich, im Bereich sehr tiefer und tiefer Frequenzen hin, unabhängig von der Windrichtung, deutlicher in der Nacht mit nordwestlichem Wind und zunehmend mit der Windgeschwindigkeit; Geräusche, die aus dem Garten hinter den Gebäuden wahrnehmbar sind; diese Lärmbelästigungen kommen unerwartet und sind diskontinuierlich,

- es ist daher davon auszugehen, dass sie über die normalen Störungen der Nachbarschaft hinausgehen, und da sie diskontinuierlich sind, man sich nicht an sie gewöhnen kann, dass die Umgebung ländlich und abgelegen ist, ruhig, ohne Hintergrundgeräusche, ohne dass die Sachverständigen auf irgendeine besondere Empfindlichkeit der Berufungskläger hinweisen,

- die Berufungsbeklagten behaupten, dass die Sachverständige die Windturbine Nr. 1 im entdrosselten Modus untersucht habe, die nicht die Art und Weise sei, die von den Windturbinen seit 2016 verwendet werde, aber die Sachverständige antwortete, dass diese Art und Weise ohne Widerspruch der Parteien angekündigt worden sei; nur diese Art und Weise könne akzeptiert werden, da das Drosseln, das es ermögliche, die Rotationsgeschwindigkeit der Blätter und das Auftreten von Störungen zu begrenzen, vom Betreiber nach eigenem Ermessen verwendet werde und die Nutzer nicht die Möglichkeit hätten, es zu verlangen. Der Drosselmodus wurde 2016 eingerichtet, so dass die Windturbinen acht Jahre lang ohne dieses System betrieben wurden, das eine Begrenzung der Belästigung ermöglicht hätte, und sie wurden darüber nicht informiert. Dieser Drosselmodus, über den auch der Präfekt, trotz der gesetzlichen Anforderungen seit 2017, nicht informiert worden war, wird nur sporadisch genutzt (nur nachts und auch dann nur bei einem Wind-Sektor N-NW von mehr als 5 m/s). Die Messungen sollten daher im uneingeschränkten Nennbetrieb durchgeführt werden, was die bekannte und anerkannte Betriebsart ist;

- die Besichtigung der Örtlichkeit durch des Gerichts lässt nicht zu, die Schlussfolgerungen der Sachverständigen in Frage zu stellen; diese Maßnahme wurde beschlossen, da die Lösung von einer sehr technischen Frage bezüglich der hörbaren und nicht hörbaren Geräusche unter verschiedenen Betriebsbedingungen (Nacht, Wind) abhing; so dass eine Besichtigung der Örtlichkeit nicht ausreichend ist,

- Herrn und Frau kann nicht vorgeworfen werden, dass sie bei den Verwaltungsbehörden keine Drosselung beantragt hätten, in dem Wissen, dass Nachbarschaftsstreitigkeiten nicht in ihre Zuständigkeit fallen,

- jedoch entspricht der Windpark in jedem Fall nicht den akustischen Standards bei Betrieb im Nominalmodus (ohne Drosselung), wie aus dem Delhom-Bericht hervorgeht, der 2016 von in Auftrag gegeben wurde, und die im Jahr 2018 mit Entdrosselung der Windkraftanlage Nr. 1 durchgeführte Studie Gamba bestätigt die Überschreitung der vorgeschriebenen Werte bei einem Wind-Sektor SO2

zwischen 8 und 12m/s, insbesondere nachts (die Nichteinhaltung der Normen bestätigt somit den Nachweis einer abnormen Störung der Nachbarschaft, wie auch zahlreiche Bescheinigungen belegen);

*Zur visuellen Belästigung:

- die erste Windkraftanlage (E1) befindet sich 700 Meter vom Haus des Ehepaars entfernt, die am weitesten entfernte (E6), ist 1300 Meter entfernt,
- 2013 wurde ein Wald, der als Sichtschutz diente, abgeholzt (1 Windkraftanlage ist 58m hoch und die Flügelspannweite beträgt 35m): sechs davon sind im Winter und drei im Sommer sichtbar, wie die Sachverständige feststellt;
- die Fehlfunktion der Lichtbeschilderung wurde erst 2016 repariert und ist immer noch nicht behoben: sie blinkt alle zwei Sekunden und stellt eine Quelle erheblicher nervlicher Anspannung dar.

* Zu den Auswirkungen auf die Gesundheit

- das Windturbinen-Syndrom ist anerkannt und der Nachweis einer abnormen Nachbarschaftsstörung wurde erbracht: Lärmbelästigung und optische Belästigung, die eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und eine Gesundheitsstörung und somit eine übermäßige Störung der Nachbarschaft darstellt,
- Luft- oder bodengestützter Infraschall (insbesondere in felsigem Untergrund), der zu leise ist, um vom menschlichen Ohr wahrgenommen zu werden, wird inzwischen medizinisch als gesundheitsschädlich anerkannt, da niedrige Frequenzen hörbar sind und sich zurückbilden, wenn man sich von Windkraftanlagen entfernt. Der Bericht von [Name] bzw. von [Name] dementiert nicht die Unschädlichkeit von Windparks für die Gesundheit von Mensch und Tier; so dass die These des Nocebo-Effekts, wie es im Bericht von [Name] aus September 2020 heißt, ausgeschlossen werden kann,
- die Sachverständige wies auf die von Herrn und Frau [Name] beschriebenen Symptome hin und kam zu dem Schluss, dass sie ein Windturbinen-Syndrom (WHO-Definition) aufwiesen; sie mussten 2015 ihr Haus verlassen,
 - die visuellen und akustischen Belästigungen, die durch einen assoziierten oder provozierten psychologischen Faktor verstärkt werden, sind die drei Faktoren, die zum Auftreten des Windturbinen-Syndroms beitragen. Im vorliegenden Fall hatten Herr und Frau [Name] keine Vorgeschichte; daher wird der Nocebo-Effekt in diesem Fall nicht festgestellt. Der Windpark steht auf felsigem Untergrund, was den Infraschall verstärkt,
- es wird daher ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem seit mehr als sieben Jahren herrschenden Lärm und ihrem Gesundheitszustand festgestellt.

*Zum Schadensersatz

- nur die Drosselung könnte die Belästigung beseitigen, jedoch hat die Verwaltungsbehörde die Kontrolle darüber, der Richter kann daher nur Schadensersatz zuerkennen,
 - Wertverlust der Gebäude (4), Gemüsegarten; sie haben für den Ausbau des Geländes zu Ferienhäusern Kredite aufgenommen; sie können nicht mehr in ihr Haus zurückziehen; ohne die Windturbinen wurde das Grundstück auf 415.000 EUR geschätzt. Der Wertverlust wird im Allgemeinen auf 20 bis 46 % geschätzt, d. h. auf einen Durchschnittspreis von 285.000 EUR;
 - jedoch gibt es Pläne, den Windpark zu erweitern, so dass eine Abwertung um 40 % möglich ist, d.h. ein Verkaufspreis von 249.000 EUR,
- Nutzungsausfall: seit Juni 2015 mieten sie eine Wohnung für 500 EUR /Monat
- Kosten: Umzug, Kosten für die Instandhaltung des Standorts, erhöhte Fahrtkosten,
- Körperliche Schäden: Leidensdruck (2/7) und teilweise vorübergehende Funktionsbeeinträchtigung,

- immaterieller Schaden: Aufgabe des Projekts zur Errichtung von Ferienhäusern in Erstausrüstung durch Wohnen vor Ort (2.500 EUR/Jahr, d.h. 30.000 EUR pro Person).

Die

ersuchen in ihren letzten Schreiben vom 19. Oktober 2020 das Gericht gemäß Artikel 544 des code civil:

- die Berufung der Eheleute als unbegründet zurückzuweisen,
- folglich das Urteil des Tribunal judiciaire de Castres vom 16. Januar 2020 zu bestätigen.

Darüber hinaus,

- die Eheleute zur Zahlung einer Summe von 10.000 EUR an die

die

gemäß Artikel 700 der

Zivilprozessordnung zu verurteilen.

- dieselben zur Zahlung aller Kosten zu verurteilen.

Sie machen geltend:

-die ist von dem Verfahren nicht betroffen, da sie keine Eigentümerin des Windparks ist; sie ist lediglich Eigentümerin von Geschäftsanteilen der beiden anderen Unternehmen. Sie hat keine Rechte auf die Mittel, die als Bemessungsgrundlage für den Windpark dienen; sie besitzt somit nicht die Eigenschaft eines Nachbarn. Lediglich die und die besitzen die Bau- und Betriebsbewilligungen und sind Mieter der Erbpachtverträge auf den Grundstücken der Windkraftanlagen;

- der Nachweis abnormer Nachbarschaftsstörungen wird nicht erbracht: der Windpark besteht aus sechs Windkraftanlagen: die Nr. 1 bis 5 gehören zum Park von und die Windkraftanlage Nr. 6 zum Energiepark ; die sechs Windkraftanlagen sind nicht gleich weit vom Grundstück von Herrn und Frau entfernt (zwischen 700 und 1300 m), was sich auf den beanstandeten Lärm auswirkt. Jede Windkraftanlage muss einzeln betrachtet werden,

- Zur Lärmbelästigung:

* die Sachverständige erinnerte an den Rechtsrahmen, aus dem hervorgeht, dass sehr niedrige Frequenzen und Infraschall derzeit keiner Regulierungsvorschrift unterliegen.

* sie hat jedoch ihre Untersuchung der Windkraftanlage Nr. 1 (die dem Haus von Herrn und Frau am nächsten gelegene), im entdrosselten Modus durchgeführt, welche jedoch nicht die normale Betriebsart ist; Laut dem Delhom-Bericht von 2016 wurden bei eingebauter Drosselung keine Lärmemissionen oberhalb der gesetzlichen Grenzwerte gemessen, und die Gamba-Studie bestätigt den Einfluss der Drosselung auf den Lärmpegel; die Sachverständige hat ihre Untersuchungen daher nicht im Normalbetrieb durchgeführt ;

* und im normalen Modus stellt sie nur Infraschall und sehr tiefe, nicht regulierte Frequenzen fest,

* der Betrieb der Windkraftanlagen im gedrosselten Modus für die erste entspricht somit den behördlichen Vorgaben für klassifizierte Anlagen zum Schutz der Umwelt (Rubrik 2980) des Erlasses 2011 -984 vom 23. August 2011 (auch wenn die Drosselung im präfektoralen Erlass zur Nutzung nicht enthalten ist) und die für sie verbindlich sind, so dass nicht gesagt werden kann, dass die Drosselung im Ermessen des Betreibers liegt; zumal es akustische Kontrollmaßnahmen gegeben hat, darunter auch die von 2016,

* nicht jede Störung stellt jedoch eine abnorme Störung der Nachbarschaft dar: sie muss nachgewiesen werden, und zwar in einer solchen Intensität, dass sie über normale Störungen der Nachbarschaft hinaus geht; auch wenn der regulatorische Aspekt nicht ausschlaggebend ist, ermöglicht er es, einen eindeutigen Beweis für die Erheblichkeit der behaupteten Störung zu erbringen. Die Belästigung muss in einem kausalen Zusammenhang mit den in Betrieb befindlichen Windkraftanlagen stehen;

* in diesem Punkt ist die Besichtigung des Standorts aufschlussreich und vervollständigt die technischen Beurteilungen der Sachverständigen: Laut Gericht ist das Geräusch kaum wahrnehmbar und mischt sich mit dem Rauschen des Windes in den Blättern; es ist also im Normalbetrieb (mit der aktuellen Drosselung) minimal;

* die Abnormität muss das Ergebnis eines kollektiven Ansatzes sein, d. h. die Störung muss für eine Gruppe von Personen objektiv abnormal sein, so dass die alleinige Beurteilung der Kläger unzureichend ist (objektiver Ansatz für die Schwelle der Abnormität),

- Zur visuellen Belästigung:

* Die sechs Windturbinen sind auf dem Gelände in einem Abstand zwischen 700 und 1300 m von dem Grundstück von Herrn und Frau I entfernt, welches sich etwas unterhalb befindet. Die Gebäude umgeben einen Innenhof, von dem aus die Windturbinen nicht zu sehen sind, auch nicht vom Garten aus, welcher sich auf der Rückseite des Gebäudes befindet. Nur die hintere Fassade des Hauses neben der Terrasse einer Ferienwohnung liegt gegenüber dem Park, von wo aus jedoch nur zwei Windturbinen, die sich in 700 und 780 m Entfernung befinden, teilweise sichtbar sind;

* die Sichtbarkeit ist daher sehr gering und kann keine abnorme Störung der Nachbarschaft darstellen

* was die Lichtbeschilderung anbelangt, so wurden etwaige Mängel im Jahr 2015 repariert und wurden weder von der Sachverständigen noch vom Richter bei der Prüfung am Standort erwähnt;

- die Ansprüche sind daher unbegründet, da es an Beweisen für eine (visuelle oder auditive) Störung, für deren abnormen Charakter und für einen Zusammenhang mit dem Schaden mangelt:

* die Auswirkungen von Infraschall auf die Gesundheit wurden in der Tat von I und der II wissenschaftlich erörtert;

* die Probleme von Herrn und Frau III haben also nichts mit Infraschall zu tun, trotz der Schlussfolgerungen des Untersuchungsbeauftragten, der sich ausschließlich auf ihre Erklärungen stütze; zumal er ihren Angstzustand feststellte, während die medizinische Akademie das Vorhandensein des Windturbinen-Syndroms nicht bestätigt, sondern im Gegenteil den "Nocebo-Effekt". Sie erklärten jedoch, dass ihre Probleme im Jahr 2013 begannen, als der Wald (in der Studie über die Auswirkungen des Windparks als Vermeidungsmaßnahme erwähnt), der die Sicht auf die Windkraftanlagen verdeckte, abgeholzt wurde. Die Stellungnahmen der Gäste des Gästehauses, das sie betreiben, sind sehr positiv und erwähnen keine Probleme. Außerdem haben die Eheleute IV die Nutzung der Ferienunterkünfte nicht eingestellt, obwohl sie deren schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit anprangern; sie sind also die Einzigen, die auf dieses Phänomen stoßen, obwohl wir wissen, dass die Schwelle der Abnormität objektiv beurteilt werden muss,

-Zur Höhe des Schadensersatzes

* zum Wert der Immobilie: Herr und Frau V schätzen es derzeit auf 249.000 EUR, ohne ernsthafte Belege aus dem Immobilienbereich vorzulegen. Die Auswirkungen des Windparks auf die Immobilien zeigten keinen Wertverlust (Studien von 2002 und 2010); darüber hinaus geht aus den Bewertungen hervor, dass Herr und Frau VI vorlegen, dass sich der Preis pro m² erheblich verbessert hat, sodass sie keine Entschädigung für einen Wertverlust verlangen.

- sie legen keine Quittungen vor, die ihren Erstattungsanspruch begründen. Dieser Schaden ist unbegründet, da sie den Standort im Jahr 2015 verlassen haben und die Windkraftanlage Nr. 1 im Jahr 2016 gedrosselt wurde.

BEGRÜNDUNG

Zur Klageeinreichung von

Es gilt der Grundsatz, dass "niemand einer anderen Person eine abnorme Störung der Nachbarschaft zufügen darf".

So kann der/die Geschädigte direkt gegen den Verursacher der Störung vorgehen, auch wenn dieser nicht der Eigentümer ist, und gegen den Eigentümer, auch wenn dieser nicht der Verursacher ist, solange er für seine Handlungen haftet.

Es ist unbestritten, dass und den strittigen Windpark auf einem Grundstück der Gemeinde Margnes betreiben, die am 13. Juni 2006 einen Erbpachtvertrag gewährt hat. Einen solchen Pachtvertrag zugunsten von gibt es nicht, aber die Parteien fechten diese Rechtslage nicht zu ihren Gunsten an. Die betreibt fünf Windparkanlagen und die eine einzige.

- Zur Begründung ihrer Klage gegen die berufen sich die Eheleute auf deren Eigenschaft als Eigentümerin des Windparks in seiner Gesamtheit, die ihrer Meinung hervorgeht aus:
 - dem Auszug aus den Beschlüssen des vom 2. Dezember 2014, in dem festgestellt wird, dass die die ihre Aktivitäten im Bereich der Windenergie ausbauen möchte, die Genehmigung zum Erwerb der Produktionsgesellschaften und mit insgesamt sechs Windturbinen erhalten hat,
 - einem Schreiben der vom 13. November 2018, in dem beim Präfekten eine Umweltgenehmigung für den Bau und den Betrieb von drei neuen Windturbinen in der Gemeinde Fontrieu (ehemaliger Name der Gemeinde Margnes) beantragt wird, in dem angegeben wird, dass die Eigentümerin von und ist, die den bestehenden Windpark bereits seit 2015 betreiben.

Diese beiden Dokumente Dritter sind jedoch keine Eigentumsurkunden und können diese nicht ersetzen. Während die einräumt, Anteile an den beiden anderen Unternehmen zu halten, gibt es keinen Hinweis darauf, dass die Betreibergesellschaften lediglich Tochtergesellschaften der sind, die allein das Aktienkapital hält. Dies obwohl der Auszug der zeigt, dass die nur das Geschäftsführungsorgan ist.

Somit, in Ermangelung weiterer Beweisdokumente, kann die Klage gegen die, die weder Eigentümerin noch Betreiberin der Windkraftanlagen ist, die keine nachbarschaftlichen Beziehungen zu Herrn und Frau hat, die nicht begründen, in welcher Eigenschaft sie sonst für die Handlungen der Betreibergesellschaften haften würde, auf Haftung für die von ihnen behaupteten abnormen Nachbarschaftsstörungen nicht angenommen werden.

Die Entscheidung wird daher in diesem Punkt aufrechterhalten.

Über abnorme Nachbarschaftsstörungen

Die Umsetzung der Haftung auf dieser Grundlage erfordert lediglich den Nachweis des abnormen Charakters der behaupteten Störung, wobei die Beweislast bei der Person liegt, die sich darüber beschwert.

Das Verschulden des Verursachers der Störung ist keine Voraussetzung für seine Haftung und die Einhaltung der festgelegten Normen, die Rechtmäßigkeit der Tätigkeit oder ihr Nutzen für die Gemeinschaft stehen der Anerkennung der Abnormität der Nachbarschaftsstörung nicht entgegen.

Die Abnormität der Störung wird in concreto nach ihrer Realität, ihrer Art und ihrer Schwere je nach den Umständen von Zeit und Ort, sehr oft im Hinblick auf die schädlichen Folgen für die davon betroffenen Nachbarn geschätzt, wobei der Richter eine Interessenabwägung vorzunehmen hat, die die jeweiligen Rechte der Parteien berücksichtigt.

In diesem Fall beschwerten sich Herr und Frau über Lärm und visuelle Belästigung durch die Errichtung und den Betrieb des Windparks. *Jedoch während die ersten fünf Windkraftanlagen seit Februar 2008 und die sechste (die am weitesten entfernt ist) seit September 2009 in Betrieb sind, haben sie sich nur über die Auswirkungen auf ihre Gesundheit erst seit März 2013 beschwert, dem Datum als der Wald, der als Sichtschutz diente, von seinem Eigentümer gefällt wurde, bis zu ihrem Umzug im Mai 2015.*

Das Anwesen von Herrn und Frau befindet sich in einer abgelegenen ländlichen Umgebung unterhalb des Windparks, der aus sechs dreiflügeligen, 58 m hohen Windturbinen besteht. Die nächstgelegene Turbine ist 700 Meter, die am entferntesten gelegene 1300 Meter von ihrem Grundstück entfernt.

Lärmbelästigung

Artikel R 1334-30 des Gesetzes über das öffentliche Gesundheitswesen besagt, dass Lärmemissionen durch ihre Intensität oder Wiederholungen nicht zu einer Beeinträchtigung der Ruhe der Nachbarschaft und der menschliche Gesundheit führen dürfen.

Der Erlass vom 26. August 2011 über Stromerzeugungsanlagen mit Nutzung der mechanischen Windenergie innerhalb einer genehmigungspflichtigen Anlage gemäß Genehmigung in Rubrik 2980 der Gesetzgebung zu den als umweltverträglich eingestuften Anlagen (ICPE) werden die zulässigen "Emissionsraten" (Differenz zwischen Umgebungslärm mit Windturbinen und Restlärm in regulierten Emissionszonen) festgelegt, die je nach Tag und Nacht von 5 dB (A) von 7 bis 22 Uhr und von 3 dB (A) von 22 bis 7 Uhr variieren, mit Anpassungen für die kumulative Zeit, in der ein bestimmtes Geräusch im Untersuchungszeitraum vorhanden ist.

Die Sachverständige führte ihre Prüfungen gemäß der Norm NF S 31-010 und NF S 31-114 mit der Maßgabe, dass diese Texte nur die Oktavbänder von 125Hz bis 4000Hz berücksichtigen, während es für sehr niedrige Schallfrequenzen (20 Hz bis 100 Hz) und Infraschall (unterhalb 20 Hz) derzeit keine anwendbare Rechtsvorschrift gibt.

Die Messungen wurden im nicht gedrosselten Zustand durchgeführt.

- Ihre Schlussfolgerungen lauten wie folgt:
 die Umgebung ist ruhig und ländlich, ohne berufliche, menschliche oder landwirtschaftliche Aktivitäten oder Straßenverkehr,
- der Windpark weist keine Unordnung oder Missstände auf,
 - die Lärmemissionen dieses Parks sind überwiegend aerodynamischer Natur; mechanische Geräusche (Geräusch der mechanischen Elemente in der Gondel) sind für die Umgebung nicht wahrnehmbar,
 - der aerodynamische Lärm scheint zwei Ursachen zu haben: turbulente Luftströmung an den Blattspitzen und Scherung der Luft, wenn die Blätter den Turm passieren (Mast der Windkraftanlage), was zu schnellen Änderungen der aerodynamischen Belastung führt,
 - bei vorherrschendem Gegenwind (Südostwind) ist der Windpark nicht hörbar,
 - hingegen bei vorherrschendem Rückenwind (Nordwestwind) sind die Windkraftanlagen Nr. 1 und 2 hörbar; es ist ein sehr leises Geräusch, unterbrochen von dem Durchgang der Flügel vor dem Mast (Luftschereneffekt). Dieses Geräusch ist je nach Windverhältnissen mehr oder weniger stark. Es ist auch vom Garten hinter den Gebäuden aus deutlich wahrnehmbar. Die mechanischen Geräusche sind hier nicht wahrnehmbar (Geräusche der mechanischen Elemente in der Gondel),
 - die Schallenergie, die von diesem Park ausgeht, konzentriert sich hauptsächlich auf die Oktavbänder von 6,3 Hz bis 50 Hz, die den Infraschall und sehr tiefe Frequenzen darstellen. Die beobachtete spektrale Zusammensetzung hängt mit der niedrigen Drehzahl der großen Blätter zusammen (max. festgestellte Geschwindigkeit = 20 U/min, d.h. 1 Umdrehung/3s),
 - die Geräuschemissionen der Windkraftanlagen führen an der Grenze des Eigentums der Kläger zu gemessenen Geräuschausbrüchen von mehr als 6 dB im Tagbetrieb und 3 dB im Nachtbetrieb;
 - die Geräuschemissionen sind im Infraschall (< 20 Hz) und überwiegend bei sehr tiefen Frequenzen (<100 Hz) und tiefen Frequenzen (< 200 Hz) festzustellen. Die Sachverständige weist darauf hin, dass der gängige Bereich der hörbaren Frequenzen für das menschliche Ohr 20 bis 20 000 Hz beträgt.
 - die höchsten Geräuschemissionen werden immer bei 31,5 Hz beobachtet.

Die Sachverständige wies darauf hin, dass sie mit Zustimmung der Parteien die Messungen im ungedrosselten Betrieb eines Windparks durchgeführt habe und dass die Betreibergesellschaften im vorliegenden Fall vor den Begutachtungen nie über die Möglichkeit der Drosselung oder vor allem über die Drosselung einer der Windkraftanlagen im Jahr 2016 informiert worden seien. Und erst am Ende des Gutachtens haben sie eine Bescheinigung von (Hersteller) vom 15. November 2018 angefordert, aus der hervorgeht, dass seit dem 4. Mai 2016 ein Plan zur akustischen Drosselung einer Windkraftanlage des Parks (dem Anwesen am nächsten gelegenen) aufgestellt wurde.

Die Gesellschaften und , daher weder eine Begründung noch eine Berechtigung, diese Maßnahmen der Sachverständigen im ungedrosselten Betrieb anzufechten, nachdem sie diesem zugestimmt haben, und die Messungen der Sachverständigen wurden verallgemeinert, so dass sie nicht in der Lage waren, die Lärmbelastung durch die einzelne gedrosselte Windkraftanlage im Verhältnis zu den anderen zu beurteilen. Das Ausmaß der Geräuschemission ist jedoch so groß, dass nach Ansicht der Sachverständigen Zweifel an der Wirkung der einzelnen Drosselung besteht.

aus der Bescheinigung von ... geht hervor, dass nicht nur eine einzige Windkraftanlage gedrosselt wurde, sondern auch unter begrenzten Bedingungen (Modus III, täglich von 20 bis 5 Uhr bei Windrichtungen zwischen 320 und 20 Grad), aus der klar hervorgeht, dass die Drosselung nach Ermessen der Betreiber erfolgt, wie die Berufungskläger behaupten.

Darüber hinaus führte die Sachverständige eine kritische Analyse der Delhom-Studie von 2016 und Gamba Acoustique von 2018 durch, gegen die sich die Berufungsbeklagten aussprachen. Obwohl der Delhom-Bericht auf die Einhaltung der Vorschriften abzielt, sagt er nichts über sehr niederfrequente und niederfrequente Emissionen, die nicht den gesetzlichen Bestimmungen unterliegen; die Kontrollen wurden im gedrosselten Modus durchgeführt, der nicht näher erläutert wird.

Die Gamba-Studie kommt zu dem Schluss, dass ein Lärmdelikt vorliegt: "in der Nachtzeit werden je Wind-Sektor SO2 [130°; 160°] Überschreitungen von Regelemissionen zwischen 8 und 12 m/s festgestellt...die geltenden akustischen Vorschriften werden nicht eingehalten." Die Sachverständige stellte ebenso fest, dass "die überwiegende Mehrheit der angegebenen Werte nicht mit dem Mittelwert übereinstimmen, der nach dem Normenprojekt NFS 31-114 hätte berechnet werden müssen. Die Beobachtungszeiten der akustischen Situation waren sicherlich zu kurz, um zehn oder mehr Stichproben zu erhalten und um den Mittelwert berechnen zu können, wie im Normenprojekt NFS 31-114 empfohlen. Die in der Studie genannten Werte sind als Schätzungen der akustischen Situation zu verstehen".

Die Messungen dieser beiden Studien wurden in Übereinstimmung mit der Norm NF S 31-010 und dem Normenprojekt NF S 31-114 durchgeführt, obwohl dieses Normenprojekt inzwischen (am 17. Januar 2018) im Zuge der Auflösung des AFNOR-GRUPPE annulliert wurde.

Daher ist es ratsam, sich an das gerichtliche Sachverständigengutachten zu halten, dessen Relevanz nicht in Abrede gestellt wird, das zu dem Schluss kommt, dass "eine echte Lärmbelästigung von Herrn und Frau ... empfunden werden kann. Diese Belästigung, gekennzeichnet durch das Auftreten von Geräuschen, wird bei Infraschall, in sehr tiefen und tiefen Frequenzen festgestellt (Frequenzbereich von 6,3 Hz bis 200 Hz). Diese Belästigung tritt unabhängig von der Windrichtung auf. Sie ist in der Nacht, bei Nordwestwind größer und nimmt mit der Windgeschwindigkeit zu. Tagsüber bei Gegenwind tritt keine Lärmbelästigung auf".

Die Besichtigung vor Ort durch das Gericht von Castres am 17. Dezember 2019 steht nicht im Widerspruch zu diesen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Lärmemissionen, da der Experte feststellt, dass es je nach Windrichtung am Tag durchaus möglich ist, dass man nichts hört, da Infraschall und tiefe und sehr tiefe Frequenzen nicht hörbar sind und die Windverhältnisse am Tag der Besichtigung nicht bekannt sind.

Optische Auswirkungen :

Zur Lichtbeschilderung

Herr und Frau ... haben sich bei dem früheren Betreiber (...) im Jahr 2005) über Fehlfunktionen beschwert, d.h. bevor ... den Betrieb der ersten fünf und ... den Betrieb der sechsten Anlage übernommen hat.

Vor dem Sachverständigen bestätigte der Vertreter der (Hersteller) die Ausfälle der Nachtbeleuchtung (Betrieb mit weißen Blitzen, die für die Tagessignalisierung gedacht sind), die Ende 2015, d.h. nach dem Auszug der im Mai 2015 repariert wurden.

Außerdem kommt die Sachverständige, anders als von Herrn und Frau behauptet, auf Seite 30 ihres Berichts, nicht zu dem Schluss, dass es noch Störungen in der Beleuchtung gibt. In der Tabelle, die sie wiedergibt, heißt es, dass die Beleuchtung der ersten Windkraftanlage ausgefallen ist (was übrigens nicht normal ist), und dass die Beleuchtung der anderen Windkraftanlagen im Alternativmodus funktioniert. Die sechste Windkraftanlage ist mit LEDs ausgestattet und der Vertreter des Herstellers wies darauf hin, dass es keine Pläne gebe, die Anlagen der ersten Generation 1 bis 5 mit LED-Systemen auszustatten.

Folglich liegt in diesem Punkt keine Belästigung vor.

Zum Blick auf die Windkraftanlagen

Während der Untersuchungen im Juli 2018 waren von der Terrasse der Herberge aus der obere Teil (Gondel und Blätter) der Windturbinen 1 und 2 und die Spitze der Blätter der Anlage 3 sichtbar. Die Sachverständige gibt an, dass die anderen Windturbinen von ihrem Grundstück aus nicht zu sehen sind, weist aber darauf hin, dass es viele hohe Laubbäume gibt und ihrer Ansicht nach die visuelle Wirkung des Parks im Winter verstärkt wird.

Während der Besichtigung der Örtlichkeiten, die im Winter stattfand, bestätigte das Gericht, im Gegensatz zum Gutachten, die optische Wirkung der Windkraftanlagen.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Windpark zwischen 700 und 1300 m vom Grundstück des Ehepaars entfernt ist und dass drei der sechs Windturbinen nur im oberen Teil und insbesondere auf der Höhe der sich drehenden Blätter und von außen, auf der Terrasse, sichtbar sind, was durch die im Sommer vor Ort aufgenommenen Fotos bestätigt wird, d.h. bei Vorhandensein von verdeckenden Laubbäumen, und dass trotz der Fällung des Waldes im Jahr 2013, der in der Untersuchung über die Auswirkungen des Projekts als wichtiger Sichtschutz und als Vermeidungsmaßnahme betrachtet worden war, die visuellen Auswirkungen sicher, aber moderat erscheinen, da die Aussicht von dem Grundstück in diesem hochwertigen ländlichen Gebiet teilweise erhalten bleibt.

Aus all diesen Aspekten folgt, dass die Lärm- und Sichtbelästigungen erwiesen und so beschaffen sind, dass sie eine Störung der Nachbarschaft darstellen.

Die Abnormität der Störung

Da die Abnormität der Störung in concreto beurteilt wird, ist es notwendig auf die Umgebung des Standorts, jedoch auch auf die schädlichen Folgen für die Menschen zu schauen, die darunter leiden, ohne zu verbergen, dass niemand ein erworbenes Recht auf die Erhaltung seiner Umwelt hat und dass der Richter eine Interessenabwägung vornehmen muss.

Es ist offensichtlich, dass der Windpark in einer geschützten Umgebung liegt, isoliert und ländlich, aber ohne besondere Merkmale.

Herr und Frau sind nie als systematische Gegner in Bezug auf die Errichtung von Windkraftanlagen in der Nähe ihres Grundstücks beschrieben worden. Sie erwarben das Grundstück im Jahr 2004 in Kenntnis des Projekts, das per Präfekturdekret vom 7. März 2007 nach einer Folgenabschätzung eröffnet wurde.

, der als Sachverständiger benannt wurde, beschrieb die Beschwerden von Herrn und Frau in seinem Bericht vom 25. April 2018 im Anhang zu dem Bericht von Frau

Die ersten von den Berufungsklägern angeprangerten Beschwerden begannen im Jahr 2013 und gingen nach ihrem Umzug im Mai 2015 allmählich zurück, um Anfang 2016 vollständig zu verschwinden.

Zu Herrn Er war von April 2013 bis 2015 in ärztlicher Behandlung; er klagte über anhaltende Kopfschmerzen, schmerzhaften Druck auf den Ohren, Schwindel, Übelkeit, Schlafstörungen, häufiges Herzrasen, Kreislaufstörungen und Herzrhythmusstörungen. Er wurde mit Schmerzmitteln und Anxiolytika behandelt. Kardiologische und HNO-Untersuchungen ergaben keine Auffälligkeiten, und sein behandelnder Arzt hat keine Krankheitsgeschichte festgestellt. Er war es, der die Windkraftanlagen als Ursache verdächtigte, um diese Symptomatologie zu erklären, und als sich die Symptome bei jeder mehrtägigen Entfernung vom Standort änderten, schlug er einen Umzug vor, der von Vorteil war, da die Symptome zurückgingen und ab Januar 2016 vollständig verschwanden.

Frau : wies ähnliche Symptome auf; sie war ab dem gleichen Datum im April 2013 in ärztlicher Behandlung, als sie wegen seit ein paar Wochen anhaltenden Brust- und Bauchschmerzen in die Notaufnahme kam; ihre Beschwerden sind gleich: Übelkeit, Engegefühl im Thorax- und Abdominalbereich, Druck auf den Ohren, Schlafstörungen, depressives Syndrom. Der behandelnde Arzt stellt keine Krankheitsgeschichte fest. Es gab keine kardialen oder HNO-Anomalien und die Magenuntersuchung im Juni 2013 ergab eine moderate reaktive Gastritis. Die Untersuchung des Magens im Juni 2013 ergab eine mäßige reaktive Gastritis. Sie wurde seit 2014 mit Schmerzmitteln, Antibiotika und Entzündungshemmern behandelt.

Um die Auswirkungen von Windturbinen auf die Gesundheit und somit den kausalen Zusammenhang zwischen diesen Erkrankungen und der Lärmbelastung wie oben beschrieben zu überprüfen, stützte sich auf die wissenschaftlichen Veröffentlichungen der französischen Nationalen Akademie für Medizin (9. Mai 2017) und (März 2017) zur Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen von tiefen Lärmfrequenzen und Infraschall.

In diesem Bericht wird eingeräumt, dass es ein "Windturbinen-Syndrom" gibt, das die Lebensqualität einiger Anwohner beeinträchtigt: das Windturbinen-Syndrom ist ein komplexes und subjektives Phänomen, dessen klinische Ausprägung von mehreren Faktoren abhängt. Einige davon haben mit der Windkraftanlage selbst zu tun, andere mit den Klägern und wieder andere mit dem sozialen, finanziellen, politischen, kommunikativen Kontext... Das Windturbinen-Syndrom, so subjektiv die Symptome auch sein mögen, ist ein Ausdruck existenziellen Leidens, sogar einer psychischen Belastung, d.h. eine Beeinträchtigung der Lebensqualität, die jedoch nur auf einen Teil der Anwohner zutrifft.

Der Bericht nennt die Symptome des Windturbinen-Syndroms: es gibt ein breites Spektrum von Symptomen, darunter allgemeiner Art (Schlafstörungen, Müdigkeit Übelkeit), neurologischer Art (Kopfschmerzen, Tinnitus, Gleichgewichtsstörungen,

Schwindel), psychologischer Art (Stress, Depression, Reizbarkeit, Angstzustände), endokriner Art (Störung der Steroidhormonausschüttung), kardiale Gefäßerkrankungen (Bluthochdruck, Herzkrankheiten), soziale Verhaltensauffälligkeiten (Verlust des Interesses an anderen, Aggressivität, Umzüge, Wertminderung von Immobilien). Diese Symptome sind hauptsächlich subjektiver Art, wobei die Begriffe Stress, Ärger, Verstimmtheit und Müdigkeit einen gemeinsamen Nenner darstellen. Drei Faktoren tragen zu den geäußerten Beschwerden bei: visuelle Belästigung, Lärmbelästigung (dies ist die am häufigsten vorgebrachte Beschwerde, die vor allem auf tiefe Frequenzen und Infraschall zurückzuführen ist, die zwar für das menschliche Ohr nicht hörbar sind, aber durchaus wahrgenommen werden können), psychologische Faktoren, die mit visueller und akustischer Belästigung in Verbindung gebracht werden oder nicht, spielen eine Rolle bei ihrer Wahrnehmung.

Im Zusammenhang mit diesen Faktoren ist der Nocebo-Effekt zu sehen, der in der psychologischen Induktion einer Beschwerde, eines Schmerzes besteht, ein Effekt, der auch auf Infraschall zutreffen kann (die Angst vor der Lärmbelästigung verstärkt die Wirkung dieser Belästigung), jedoch auch individuelle Faktoren, da jeder Mensch ein anderes emotionales Profil besitzt, welches psychosomatische Symptome hervorruft, die den Einzelnen schwächen, sowie soziale und finanzielle Faktoren, die Verstimmung, Unzufriedenheit und sogar Empörung hervorrufen.

In diesem Fall, so ..., ist angesichts des Zeitraums der Belastung von 2008 bis 2015, die für jeden von ihnen beschriebene Symptomatik (Bauchschmerzen, Tinnitus, Herzklopfen, Schlafstörungen, psychologische Auswirkungen), die sich abgeschwächt und dann verschwunden waren, ohne dass es eine Vorgeschichte gab, kann davon ausgegangen werden, dass Herr und Frau ein "Windturbinen-Syndrom" aufgewiesen haben, das zu einer Verschlechterung ihrer Gesundheit im Sinne der Definition der WHO geführt hat, welche im Bericht der Nationalen Akademie für Medizin als "Zustand des körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens" bezeichnet wird.

Um den gegenteiligen Beweis und das Fehlen gesundheitlicher Folgen der Geräuschemissionen von Windkraftanlagen darzulegen, zitieren die Berufungsbeklagten lediglich einen Artikel der Zeitung Le Figaro vom 19. Januar 2015, unterzeichnet von ..., welcher keine seriösen, aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse darstellt, die in einer einschlägigen Fachzeitschrift veröffentlicht wurden. Ebenso ist das Argument, dass die Gäste der Ferienunterkunft vom Betrieb der Windkraftanlagen nicht betroffen seien, zu verwerfen, da ... darauf hingewiesen hat, dass die Dauer der Belastung ein wichtiger Faktor für das Auftreten des Windturbinen-Syndroms sei. Und obwohl sie betonen, dass sich die Situation seit der Drosselung der Windkraftanlage Nr. 1 im Jahr 2016 grundlegend verändert hat, liefern sie keine Rechtfertigung dafür.

Der Sachverständige legte den Konsolidierungszeitpunkt auf den 1. Januar 2016 fest, ohne jegliche anhaltende Nachwirkungen.

Seine Schlussfolgerungen sind wie folgt:

* vorübergehendes persönliche Funktionsbeeinträchtigung:

- von 10 %, das dem Zeitraum entspricht, in dem Herr und Frau eine Symptomatik im Zusammenhang mit dem "Windturbinen-Syndrom" aufwiesen: vom 01.04.13 bis 06.05.15,
- von 5 %, das dem Zeitraum nach dem Umzug entspricht, in dem Herr und Frau eine fortschreitende Besserung der Symptomatik im Zusammenhang mit dem "Windturbinen-Syndrom" aufwiesen : vom 07.05.15 bis 31.12.15.

*Vor der Konsolidierung ertragenes Leid : 2/7

unter Berücksichtigung von Notfalleinweisungen ins Krankenhaus, medizinischer Nachsorge, ergänzenden Untersuchungen, gelegentlicher Behandlungen und der psychologischen Auswirkungen.

Es hat sich herausgestellt, dass die gesundheitlichen Probleme von Herrn und Frau im Zusammenhang mit den Windkraftanlagen verschwunden sind, nicht auf die Verhaltensweise der Beklagten zurückzuführen sind, sondern auf den Umzug der Eheleute, da eine der sechs Turbinen erst nach ihrem Umzug im Jahr 2016 überbrückt wurde und die Fehlfunktion der Beleuchtungsanlage im Oktober 2015 behoben wurde, nachdem sie sich lange Zeit zuvor über die Belästigung beschwert hatten, so dass sie sich am 7. Juli 2015 über ihren Anwalt an den wandten (Antwort des Präfekten vom 14. August 2015).

Da die Abnormität der Störung in concreto zu beurteilen ist, gemessen an den schädlichen Folgen für die Nachbarn, die sie erleiden, und je nach den jeweiligen Rechten der Parteien, da die Beklagten keine Angaben zum energetischen Interesse dieses Windstandorts oder zu den Auswirkungen der Drosselung der Windkraftanlage Nr. 1 machen, versetzen sie das Gericht nicht in die Lage, die auf dem Spiel stehenden Interessen abzuwägen.

Unter diesen Umständen stellt die durch den von und betriebenen Windpark verursachte Störung eine abnorme Störung der Nachbarschaft dar, und da keine Alternativmaßnahmen in diesem Sinne vorgeschlagen werden, sollte eine Entschädigung durch Zuerkennung von Schadensersatz erfolgen. Die Entscheidung wird somit aufgehoben.

Der Schaden

Herr und Frau fordern die folgenden Beträge:

*249.000,00 EUR für den Verlust ihres Eigentums, Betrag zu vervollständigen;

*40.599,38 EUR für Nutzungsausfall, Betrag zu vervollständigen;

*14.912,78 EUR Umzugskosten, Betrag zu vervollständigen; (Umzug: 500 EUR inkl. MwSt, Frostschutz der Rohrleitungen: 1336,25 EUR; Fahrten zwischen dem Aufenthaltsort und ihrem Grundstück von Juni 2015 bis Dezember 2016: 11.713,17 EUR, dies entspricht 34 km X 579 Tage X 0,595 EUR);

*4.000,00 EUR Schmerzensgeld für jede Person;

*2.216,25 EUR für jede Person als Ausgleich für die vorübergehende Funktionsbeeinträchtigung in Höhe von EUR 25 pro Tag zu einem Satz von 10%, d.h. vom 1. April 2013 bis zum 6. Mai 2015, d.h. 767 Tage X 2,5 EUR = 1917,50 EUR; und vom 7. Mai 2015 bis 31. Dezember 2015 zu 5 %, d.h. 239 Tage X 1,25% X 239 Tage = 298,75 EUR

*30.000,00 EUR für jede Person als Entschädigung für ihren jeweiligen immateriellen Schaden.

Die Beklagten beanstandeten das Fehlen von Belegen, insbesondere für die Miete, die Immobilienbewertungen, die fehlerhaften Berechnungen für den Wertverlust, das Fehlen eines Schadens seit der Drosselung im Jahr 2016, die Nutzung der Ferienunterkunft trotz der angeblichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, sowie die positiven Aussagen der Anwohner.

Der Verlust ihres Eigentums

Die Eheleute machen den Verlust der Möglichkeit geltend, die Immobilie zu ihrem Wert zu verkaufen, Barwert 415.000 EUR gemäß Schätzung eines Immobilienmaklers, wenn die Windkraftanlagen nicht vorhanden wären. Sie sind der Ansicht, dass durch den Windpark ihr Gebäude 40 % seines Wertes verloren habe, so dass sie einen Preis von 249.000 EUR beantragen, was 60 % des Barwerts entspricht.

Die Entschädigung für entgangene Möglichkeiten muss an den entgangenen Möglichkeiten gemessen werden und kann nicht gleich dem Vorteil sein, der sich ergeben hätte, wenn die Möglichkeit genutzt worden wäre. Der Verlust der Möglichkeit deckt also nicht den gesamten Schaden ab, denn selbst wenn er sicher ist, ist die Vermeidung des Schadens alles andere als selbstverständlich. Die Entschädigung kann daher nur einen Teil des erlittenen Schadens abdecken.

Die Eheleute rechtfertigen jedoch nicht, dass sie ihr Eigentum, nachdem sie es zum aktuellen Marktpreis zum Verkauf angeboten hatten, es auf Grund des Vorhandenseins der Windkraftanlagen zu einem niedrigeren Preis verkaufen mussten, wodurch ihnen eine auf 40 % geschätzte Möglichkeit entgangen war, es zum Marktpreis zu verkaufen. Die einzige von einem Immobilienmakler vorgelegte Bescheinigung bezieht sich lediglich auf Besichtigungen des Standorts und beinhaltet keine Preisangebote.

Zum anderen berufen sie sich auf einen Schaden, der durch den Verlust der Möglichkeit entsteht, zum Marktpreis zu verkaufen, indem sie Immobilienwertschätzungen vorlegen, in Wirklichkeit berufen sie sich auf einen Wertverlust des betroffenen Vermögens auf Grund der Nähe zum Windpark.

Im Vergleich zu dem, was sie für den Kauf und die Renovierung des Standorts investiert haben (313.650 EUR), im Vergleich zum Durchschnittswert dieses Grundstücks in unverändertem Zustand, der von zwei Immobilienmaklern geschätzt wurde (285.000 EUR), beläuft sich der Wertverlust auf 28.650 EUR.

Nutzungsausfall

Herr und Frau mussten umziehen, um ihre Gesundheit zu schützen.

Sie schätzen die Kosten für ihre Unterbringung auf 500 EUR pro Monat für sechs Jahre und sieben Monate seit Juni 2015, was der Anmietung einer weiteren Wohnung zusätzlich zu den am Tag des Auszugs aus dem Haus noch ausstehenden Wohnungsbaudarlehen.

Sie begründen dies mit einer Bescheinigung des einer Summe von 39.500 EUR, die nicht in angemessener Weise bestritten wird.

Die von ihnen geltend gemachten Versicherungskosten sind die Kosten für das strittige Objekt, die sie ohnehin hätten aufbringen müssen, auch wenn sie das Haus nicht verlassen hätten. Das Gleiche gilt für die Instandhaltungskosten der Immobilie. Sie haben jedoch weder einen Nachweis über eine Mietversicherung noch über irgendwelche Kosten erbracht, die mit ihrer neuen Situation entstanden sind.

Die Kosten

Die Notwendigkeit, das Gelände zu verlassen, führte zu Umzugskosten sowie zu Kosten für die Fahrten zwecks Instandhaltung und Überwachung des Standorts, die sich daher für den geltend gemachten Zeitraum von Juni 2015 bis Dezember 2016 (579 Tage = 19 Monate) auf die Summe von 10.000 EUR (500 EUR für den Umzug und 500 EUR Monat X 19 Monate =) belaufen.

Schmerzensgeld

Diese Schadensposition entschädigt sowohl für körperliche als auch für seelische Leiden die den/die Geschädigte durch die Verletzung seiner Integrität erlitten hat, sowie die Behandlungen, Eingriffe und Krankenhausaufenthalte, denen es sich seit dem Vorfall unterzogen hat bis zur Konsolidierung, die in diesem Fall auf den 1. Januar 2016 festgelegt wurde.

Vom Sachverständigen mit 2/7 bewertet, um die Notaufnahme im Krankenhaus, medizinische Nachsorge, zusätzliche Untersuchungen, gelegentliche Behandlungen und psychologische Auswirkungen zu berücksichtigen, wird dieser Schaden mit 4.000 EUR für jeden Ehepartner entschädigt.

Vorübergehendes Funktionsbeeinträchtigung

Hinsichtlich der Entschädigung für den nichtwirtschaftlichen Aspekt der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit, kann die von den Eheleuten geforderte pauschale Entschädigung von 25 EUR/Tag (Hälfte des Mindestlohns ()) als Ausgleich für die Unannehmlichkeiten des täglichen Lebens gewährt werden. Im vorliegenden Fall wird der Betrag gekürzt, da die vorübergehende Arbeitsunfähigkeit laut dem Sachverständigen vom 1. April 2013 bis zum 6. Mai 2015, d.h. 767 Tage, nur zu 10 % und vom 7. Mai 2015 bis zum 31. Dezember 2015, d.h. 239 Tage, nur zu 5 % bestand, d.h. 2.216,25 EUR für jeden Geschädigten.

Immaterieller Schaden

Dieser Schadensposten ist nicht zu verwechseln mit dem Schmerzensgeld für den bis zur Konsolidierung erlittenen Schmerz, welches bereits entschädigt ist.

Herr und Frau hatten in diesen Ort investiert, um dort das ganze Jahr über zu leben und damit 3 Landferienhäuser betreiben konnte: Dies bedeutete, dass es nicht nur ihr Zuhause, sondern auch ihr Arbeitsplatz war. Sie mussten das Projekt in seiner ursprünglichen Form aufgeben. Sie erleiden also einen immateriellen Schaden, der mit dem Verlust ihres Lebensortes zusammenhängt und der für jeden von ihnen in Höhe von 10.000 EUR entschädigt werden sollte.

AUS DIESEN GRÜNDEN

Das Gericht

- hebt das Urteil des tribunal judiciaire de Castres (Gerichts von Castres) vom 16. Januar 2020 auf, außer insoweit, als es die Klagen von Herrn und Frau gegen die abgewiesen hat.

Es entscheidet erneut

- Die [] und [] sind für die abnormen Störungen der Nachbarschaft verantwortlich, die Herr und Frau [] auf Grund des Betriebs des Windparks in der Gemeinde Margnes Fontrieu erlitten haben.

- Verurteilt die [] und die [] gesamtschuldnerisch zum Schadensersatz an Herrn und Frau [] in folgender Höhe:

*28.650 EUR für den Wertverlust der Immobilie,

*39.500 EUR für den Nutzungsausfall,

*10.000 EUR als Erstattung der entstandenen Kosten,

*4.000 EUR für das von Herrn [] erlittene Leid,

*4.000 EUR für das von Frau [] erlittene Leid,

*2.216,25 EUR für die von Herrn [] erlittene vorübergehende Funktionsbeeinträchtigung.

*2.216,25 EUR für den von Frau [] erlittene vorübergehende Funktionsbeeinträchtigung.

*10.000 EUR für den von Herrn [] erlittenen immateriellen Schaden,

*10.000 EUR für den von Frau [] erlittenen immateriellen Schaden.

- Gemäß Artikel 700 der Zivilprozessordnung werden die [] und die [] zur Zahlung der Summe von 5.000 EUR an die Eheleute [] für die nicht erstattungsfähigen Kosten in der ersten Instanz und im Rechtsmittelverfahren verurteilt.

- Die [] und die [] werden zur Zahlung der Kosten des Verfahrens in der ersten Instanz und im Rechtsmittelverfahren verurteilt.

GERICHTSSCHREIBER

PRÄSIDENT

M. BUTEL

« Die Französische Republik weist daher alle Gerichtsvollzieher an, auf diesen Antrag hin das genannte Dekret in Kraft zu setzen, die Generalstaatsanwälte und Staatsanwälte an den Gerichten erster Instanz, hierbei ihre Unterstützung zu gewähren, alle Kommandanten und Offiziere der öffentlichen Gewalt, hierbei ihre Unterstützung zu gewähren, wenn es gesetzlich erforderlich ist. Zu Urkund dessen ist dieses Urteil vom Präsidenten und vom Kanzler unterzeichnet worden. »

Toulouse, 09.07.2021

i.A. Leiter der Geschäftsstelle des Gerichts



Die Richtigkeit und Vollständigkeit des mir in französischer Sprache vorgelegten Dokuments werden hiermit bescheinigt. Vorstehende Übersetzung der mir als elektronische Abschrift (Scan) vorgelegten, in französischer Sprache abgefassten Urkunde ist richtig und vollständig. Eine Kopie ist beigefügt.

Beidigte und ermächtigte Übersetzerin
Anna Raquet

Oberlandesgericht Köln, Aktenzeichen 3162-2151(7)

Köln, 17.11.2021



18/07/2021

ARRÊT N°

659/221

N° RG 20/01384 - N° Portalis
DBVI-V-B7E-NSTM
BB/MB

Décision déferée du 16 Janvier 2020 - TJ hors
AF, JEX, JLD, J. EXPRO, JCP de CASTRES -
6/00493

REPUBLIQUE FRANCAISE
AU NOM DU PEUPLE FRANCAIS

GROSSE COUR D'APPEL DE TOULOUSE
3ème chambre

ARRÊT DU HUIT JUILLET DEUX MILLE VINGT ET UN

APPELANTS

INTIMES

CONFIRMATION PARTIELLE

Grosse délivrée

9/7/21

COMPOSITION DE LA COUR

Après audition du rapport, l'affaire a été débattue le 26 Mai 2021 en audience publique, devant la Cour composée de :

qui en ont délibéré:

Greffier, lors des débats :

ARRET :

- **CONTRADICTOIRE**
- prononcé publiquement par mise à disposition au greffe après avis aux parties
- signé par _____, président, et par _____ greffier de chambre.

FAITS

M. et Mme _____ sont propriétaires depuis 2004 d'un ancien corps de ferme composé d'une maison d'habitation et de 3 bâtiments aménagés en 2006 en gîte rural, situé lieu-dit "Caillé Bas", sur le territoire de la commune de Margnes (nouvelle appellation Fontrieu), au coeur du parc naturel du Haut Languedoc où ils exploitaient trois gîtes.

Ils se plaignent de diverses nuisances visuelles et sonores et de troubles physiques (maux de tête, vertiges, fatigue, tachycardie, acouphène ...), occasionnés par un parc éolien composé de 6 éoliennes, implantées en 2008 et 2009 à une distance entre 700 et 1300 mètres de leur propriété, par les sociétés _____ et _____

_____ serait l'actionnaire principal. Ces nuisances sonores qui les auraient contraints à déménager en mai 2015 sont constitutives selon eux de troubles anormaux de voisinage.

PROCEDURE

Par actes des 30 mars 2016 et 10 janvier 2017, M. et Mme _____ ont assigné la _____, la _____ et la _____ devant le tribunal de grande instance de Castres sur le fondement des articles 1382, 1383, 544 du code civil en responsabilité et réparation de leurs préjudices.

Par ordonnance du 14 juin 2017, le juge de la mise en état a désigné Madame _____ en qualité d'expert acoustique laquelle s'étant adjoint les compétences d'un sapiteur en la personne du _____, a déposé son rapport le 18 décembre 2018. L'expertise a été réalisée au contradictoire des trois sociétés.

Par jugement du 16 janvier 2020 le tribunal, après s'être rendu sur les lieux le 17 décembre 2019 a :

- débouté M. et Mme _____ de l'ensemble de leurs demandes,
- débouté la _____, la _____ et la _____ de leur demande fondée sur l'article 700 du code de procédure civile,
- condamné M. et Mme _____ aux dépens en ce compris les frais d'expertise.

Pour se déterminer ainsi, le tribunal a considéré :

- d'une part, tout en reconnaissant la réalité des troubles invoqués par les demandeurs, que les nuisances imputées aux sociétés ne dépassaient pas les inconvénients normaux du voisinage en ce que les nuisances visuelles et les incidences sonores sont minimales, que le dysfonctionnement du système de balisage s'est avéré temporaire, alors que les émergences audio relevées ne permettent pas de les qualifier de nuisance ;
- d'autre part, que le lien entre la présence du parc éolien et les troubles de santé des époux n'était ni direct, ni certain ; les incidences résultant du "trouble éolien" invoqué par les demandeurs leurs sont personnelles et s'inscrivent dans une entité médicale complexe et subjective, qui ne concerne que certains individus.

M. et Mme ont relevé appel de la décision par déclaration du 15 juin 2020 en ce qu'elle les a déboutés de l'ensemble de leurs demandes.

MOYENS et PRETENTIONS des PARTIES

M. et Mme dans leurs dernières écritures en date du 30 avril 2021, demandent à la cour au visa des articles 1240, 1241 et 544 du Code civil, la théorie des troubles anormaux du voisinage, de :

- déclarer recevable leur appel,
- réformer le jugement en toutes ses dispositions,
- constater l'existence d'un trouble anormal de voisinage constitué par l'ensemble des nuisances occasionnées par la présence et le fonctionnement de la ferme éolienne de Le Margnes sis à 700 mètres de la maison d'habitation et du gîte de M. et Mme
- déclarer la , la et la responsables in solidum de ce trouble anormal et des préjudices subis en conséquence par les exposants ;
En conséquence de quoi, et statuant a nouveau
- condamner in solidum les , la et la à leur verser :
 - *249.000,00€ au titre de la perte de leur bien, somme à parfaire ;
 - *40.599,38€ au titre du préjudice de jouissance, somme à parfaire ;
 - *14.912,78€ au titre des frais engendrés par le déménagement, somme à parfaire
 - *4.000,00€ à chacun au titre du pretium doloris ;
 - *2.216,25€ à chacun au titre de la réparation de leur déficit fonctionnel temporaire
 - *30.000,00€ à chacun au titre de leur préjudice moral respectif.
- condamner in solidum les , la et la à leur verser une somme de 5.000 € au titre de l'article 700 du code de procédure civile ainsi qu'aux entiers dépens, en ce compris les frais d'expertise.

Il soutiennent que :

- la ne doit pas être mise hors de cause car en sa qualité de propriétaire des parts des deux autres sociétés, elle est solidairement responsable des troubles anormaux de voisinage qu'elles commettent personnellement ; l'action est recevable contre le propriétaire dont le bien est source de nuisances ;
- ils subissent des nuisances sonores et visuelles ;
- les troubles anormaux de voisinage exigent la preuve d'une nuisance de

voisinage, d'un préjudice personnel en relation directe avec les nuisances et la preuve de l'anormalité du dommage, l'anormalité du trouble se confondant avec celle du dommage ; et l'anormalité s'apprécie in concreto en fonction des « circonstances de temps et de lieu, tout en tenant compte de la perception ou de la tolérance des personnes qui s'en plaignent », de la durée du bruit, de sa répétitivité,

*Sur les nuisances sonores :

- l'article 26 de l'arrêté du 26 août 2011 relatif à l'installation de parcs éoliens exige de l'installation qu'elle ne puisse être à l'origine de bruits transmis par la voie aérienne comme par le sol et le texte vise un tableau des niveaux admissibles ; mais il ne tient pas compte ni des très basses fréquences ni des infrasons ;
- cependant la responsabilité pour troubles anormaux de voisinage n'exigeant pas la preuve d'une faute, le défaut de dépassement des dits seuils ou, le respect des normes réglementaires est sans incidence dès lors qu'il est avéré que la nuisance expose les riverains à une souffrance excessive et constante,
- l'expert a mis en évidence l'existence d'une gêne sonore dans les infrasons, les très basses et basses fréquences quelle que soit la direction du vent, plus importante de nuit par vent portant Nord Ouest et augmentant avec la vitesse du vent ; bruit perceptible depuis le jardin à l'arrière des bâtiments de la propriété ; ces nuisances sonores sont inopinées et discontinues,
- il doit donc en être conclu qu'elles dépassent les inconvénients normaux de voisinage puisque dès lors qu'elles sont discontinues, on ne peut s'y habituer et que l'environnement est rural et isolé, calme sans bruit de fond, sans qu'il soit mis en avant par les experts une quelconque sensibilité particulière des appelants,
- les intimées soutiennent que l'expert a investigué en mode débridage de l'éolienne n°1 qui n'est pas celui des éoliennes depuis 2016, mais l'expert a répondu que cette méthode avait été annoncée sans opposition des parties ; et seule cette méthode pouvait être admise car le bridage qui permet de limiter la vitesse de rotation des pales et l'émergence des nuisances est utilisé de façon discrétionnaire par l'exploitant et les usagers n'ont pas la possibilité de l'exiger ; le mode bridage a été mis en place en 2016 de sorte que les éoliennes ont fonctionné pendant 8 ans sans ce système qui aurait permis pourtant de limiter les nuisances et ils n'en n'ont pas été tenus informés ; ce mode bridage dont le Préfet n'a pas non plus été informé malgré les exigences légales depuis 2017, n'est utilisé que de façon intermittente (de nuit seulement et encore par vent de N-N/O supérieur à 5m/s) ; les mesures devaient donc être effectuées en mode nominal non bridé qui est le mode de fonctionnement connu et reconnu ;
- le transport sur les lieux du tribunal ne permet pas de remettre en cause les conclusions de l'expert ; cette mesure a été décidée puisque la solution dépendait d'une question de haut niveau de technicité portant sur les sons audibles et non audibles, dans diverses conditions d'exploitation (nuit, vent) ; de sorte qu'un transport sur les lieux est insuffisant,
- il ne peut être reproché à M. et Mme de ne pas avoir sollicité devant l'autorité administrative un plan de bridage, sachant que les conflits de voisinage ne relèvent pas de sa compétence,
- mais au demeurant, le parc éolien n'est pas conforme aux normes acoustiques quand il fonctionne en mode nominal (sans bridage) ainsi que le révèle le rapport Delhom mandaté par la en 2016 ; et l'étude Gamba de 2018 réalisée avec débridage de l'éolienne n°1 confirme les dépassements des émergences réglementaires constatés par vent de

secteur SE2 entre 8 et 12m/s particulièrement en période nocturne (la non conformité aux normes conforte donc la démonstration de l'existence d'un troubles anormaux de voisinage, de même que les nombreuses attestations produites) ;

* Sur les nuisances visuelles :

- la première éolienne (E1) se trouve à 700 mètres du domicile des époux , la plus éloignée (E6) se situe à 1300 mètres,
- en 2013 un bois qui servait de rideau visuel a été coupé (1 éolienne mesure 58m de haut et l'envergure des pales est de 35m) : 6 d'entre elles sont visibles en hiver et 3 en été, ainsi que le relève l'expert ;
- le dysfonctionnement du balisage lumineux n'a été traité qu'en 2016 et n'est toujours pas résolu : il clignote toutes les 2 s et est une source de tension nerveuse importante.

* Sur les impacts sur la santé

- le syndrome éolien est reconnu, et la démonstration des troubles anormaux de voisinage est établie : nuisance sonore et visuelle qui constituent une dégradation de leur conditions de vie sont constitutives de l'anormalité du trouble de nature à traduire un inconvénient excessif de voisinage,
- les infrasons aériens ou qui se propagent dans le sol (particulièrement dans les sols rocheux), trop graves pour être perceptibles par l'oreille humaine, sont désormais reconnus médicalement comme ayant des impacts sur la santé comme les basses fréquences audibles et régressent lorsqu'on s'éloigne des éoliennes et le rapport de ou du ne démontent pas l'innocuité des parcs éoliens sur la santé humaine comme animale ; ce qui permet d'écarter la thèse de l'effet nocebo ainsi qu'il est dit au rapport du de septembre 2020,
- le sapiteur a mis en avant les symptômes décrits par M. et Mme ; il a conclu qu'ils ont présenté un syndrome éolien (définition de l' OMS) ; ils ont dû quitter leur maison en 2015,
- or les nuisances visuelles et sonores majorées par un facteur psychologique associé ou provoqué sont les trois facteurs qui concourent à l'apparition du syndrome éolien ; et en l'espèce M. et Mme ne présentaient aucun antécédent ; donc l'effet nocebo n'est pas rapporté en l'espèce et le parc éolien est installé sur un sol rocheux qui majore donc les infrasons,
- le lien de causalité est donc rapporté entre l'exposition aux nuisances pendant plus de 7 ans et leur état de santé.

* Sur la réparation des préjudices

- seul le bridage serait de nature à remédier aux nuisances mais c'est l'autorité administrative qui en est maître et le juge judiciaire ne peut donc qu'octroyer des dommages et intérêts,
- perte de valeur des bâtisses (4), jardin potager ; ils ont contracté des prêts pour l'aménagement du site en gîtes ; ils ne peuvent plus réintégrer leur maison ; sans les éoliennes le site a été évalué à 415 000€ ; la perte de valeur est généralement estimée entre 20 et 46 % soit un prix moyen de 285000€ ;
- mais il est prévu l'agrandissement du parc éolien de sorte que c'est une dévaluation de 40 % qu'il faut compter soit un prix de vente de 249 000€,
- perte de jouissance: depuis juin 2015 ils louent un logement à 500€/mois
- frais : déménagement, frais d'entretien du site, multiplication des déplacements,
- les préjudices corporels : souffrances endurées (2/7) et déficit fonctionnel temporaire partiel,

- préjudice moral : abandon du projet d'installation de gîtes dans la configuration initiale en vivant sur place (2500€/an soit 30 000€ par personne).

La _____, la _____ et la _____, dans leurs dernières écritures en date du 19 octobre 2020, demandent à la cour au visa de l'article 544 du code civil de :

- débouter M. et Mme _____ de leur appel le jugeant mal fondé,
- en conséquence confirmer le jugement rendu le 16 janvier 2020 par le Tribunal judiciaire de Castres.

Y ajoutant,

- condamner M. et Mme _____ à payer à la _____ et la _____ une somme de 10000€ au titre de l'article 700 du code de procédure civile.

- condamner les mêmes en tous dépens.

Elles soutiennent que :

- la _____ n'est pas concernée par la procédure, n'étant pas propriétaire du parc éolien ; elle n'est que propriétaire de parts sociales des deux autres sociétés ; elle ne détient aucun droit sur les fonds servant d'assiette au parc éolien ; elle n'a donc pas la qualité de voisin ; seules la _____ et la _____ détiennent les autorisations de construction et d'exploitation, et sont locataires des baux emphytéotiques sur les terrains d'assiette des éoliennes ;

- la preuve de troubles anormaux de voisinage n'est pas rapportée : le parc est constitué de 6 éoliennes : celles n°1 à 5 appartiennent au parc de _____ et l'éolienne n°6 au parc de _____ ; les 6 éoliennes ne se trouvent pas à la même distance du fonds de M. et Mme _____ (entre 700 et 1300m) ce qui a une incidence sur le bruit reproché ; le cas de chaque éolienne doit être pris en considération individuellement,

- Sur les nuisances sonores :

* l'expert a rappelé le cadre réglementaire duquel il ressort que les très basses fréquences et les infrasons ne font actuellement l'objet d'aucune disposition réglementaire ;

* elle a toutefois réalisé son expertise en mode débridage de l'éolienne n°1 (la plus proche de l'habitation de M. et Mme _____) qui n'est pourtant pas le mode de fonctionnement normal ; or selon le rapport Delhom de 2016, avec le bridage aucune émergence sonore n'a été relevée au delà des seuils réglementaires et l'étude Gamba confirme l'intérêt du bridage sur le niveau sonore ; l'expert n'a donc pas réalisé ses investigations en mode normal ;

* et en mode normal elle ne relève que des infrasons et très basses fréquences non réglementées,

* le fonctionnement des éoliennes en mode bridage pour la première respecte donc les normes réglementaires en matière d'installations classées pour la protection de l'environnement (rubrique 2980) du décret 2011-984 du 23 août 2011 (même si le bridage ne figure pas à l'arrêté préfectoral d'exploitation) et qui s'imposent à elle de sorte qu'il ne peut être affirmé que le bridage est laissé à la discrétion de l'exploitant ; d'autant qu'il y a eu des campagnes de contrôle acoustique dont celle de 2016,

* or, toute gêne ne constitue pas un trouble anormal de voisinage : il faut qu'elle soit démontrée, caractérisée dans une intensité telle qu'elle dépasse les inconvénients normaux de voisinage ; or, même si l'aspect réglementaire n'est pas déterminant il permet en tout cas de rapporter la preuve flagrante de la matérialité ou non du trouble invoqué ; et la gêne doit être en lien de causalité avec les éoliennes en fonctionnement ;

* sur ce point le transport sur les lieux est édifiant, il complète les appréciations techniques de l'expert : selon le tribunal le bruit est à peine perceptible et se confond avec le bruissement du vent dans les feuilles ; il est donc minime en mode normal (avec le bridage actuel) ;

* l'anormalité doit résulter d'une approche collective, le trouble doit donc être objectivement anormal pour un groupe de personnes de sorte que la seule appréciation des requérants est insuffisante (approche objective du seuil d'anormalité),

- Sur les nuisances visuelles :

* les 6 éoliennes sont alignées sur la zone d'implantation à une distance entre 700 et 1300m de la propriété de M. et Mme située en contrebas ; les bâtiments entourent une cour intérieure d'où les éoliennes ne sont pas visibles ni depuis le jardin situé à l'arrière ; seule la façade arrière de la maison qui jouxte la terrasse d'un gîte en location font face au parc mais d'où seules 2 éoliennes situées à 700 et 780m, sont partiellement visibles ;

* la visibilité est donc très faible et ne peut constituer un trouble anormal de voisinage

* quant au balisage, si des dysfonctionnements ont été repérés, ils ont été réparés en 2015 et l'expert n'en mentionne pas ni les juges durant le transport sur les lieux;

- les demandes sont donc infondées en l'absence de preuve d'un trouble (visuel ou auditif), de son caractère anormal et d'un lien avec les préjudices.:

* en effet l'impact des infrasons sur la santé est scientifiquement discuté par et,

* les troubles ressentis par M. et Mme sont donc sans lien avec les infrasons malgré les conclusions du sapiteur qui ne s'est fondé que sur leurs déclarations; d'autant qu'il a relevé leur état d'anxiété alors que l'académie de médecine rappelle que la réalité du syndrome des éoliennes n'est pas attesté au contraire de l' « effet nocebo » ; or ils ont déclaré que leurs troubles sont apparus à partir de 2013 lorsque le bois (pourtant inscrit dans l'étude d'impact du parc éolien comme mesure d'évitement) qui leur cachait totalement la vue des éoliennes, a été coupé ; et les avis des clients du gîte qu'ils exploitent sont très favorables et ne mentionnent aucun trouble ; d'ailleurs, M. et Mme n'ont pas cessé l'exploitation de ces gîtes alors qu'ils dénoncent leur nuisance sur la santé humaine ; donc ils sont les seuls à rencontrer ce phénomène alors qu'on sait que le seuil d'anormalité doit être apprécié objectivement,

- Sur le quantum des préjudices

* sur la valeur du bien immobilier : M. et Mme l'estime aujourd'hui à 249 000€ sans produire aucun justificatif sérieux établi par des professionnels de l'immobilier ; et l'impact du parc éolien sur l'immobilier n'a fait ressortir aucune moins valeur (études de 2002 et 2010) ; en outre, il ressort des évaluations que M. et Mme produisent qu'au contraire le prix au m² a connu une amélioration importante ce qui fait qu'ils ne demandent pas l'indemnisation d'une perte de valeur vénale,

- ils ne produisent aucune quittance de loyer justifiant leur demande de remboursement ; et ce chef de préjudice est infondé dès lors qu'ils ont quitté les lieux en 2015 et que l'éolienne n°1 a été bridée en 2016.

MOTIVATION

Sur la mise en cause de la

Il est de principe que « nul ne doit causer à autrui un trouble anormal de voisinage ».

Ainsi, la victime peut agir directement contre l'auteur du trouble, même s'il n'est pas le propriétaire et contre le propriétaire même s'il n'est pas l'auteur du trouble, dès lors qu'il répond de ses agissements.

Il est constant que les et exploitent le parc éolien litigieux sur des fonds appartenant à la commune de Le Margnes qui a consenti à la un bail emphytéotique le 13 juin 2006 lequel confère un droit réel sur le fonds. Il n'est pas produit un tel bail en faveur de la mais les parties ne contestent pas cette situation juridique à son profit. La exploite 5 éoliennes et la une seule.

Pour soutenir la mise en cause de la, M. et Mme invoquent sa qualité de propriétaire du parc éolien dans son ensemble, qui selon eux ressort de :

- de l'extrait des délibérations du syndicat intercommunal d'énergie des deux Sèvres en date du 2 décembre 2014 exposant que la désireuse de développer son activité éolienne a été autorisée à procéder au rachat des, sociétés de production totalisant 6 éoliennes,
- d'un courrier du 13 novembre 2018 de la sollicitant du Préfet l'autorisation environnementale pour la construction et l'exploitation de trois nouvelles éoliennes sur la commune de Fontrieu (ancienne dénomination de la commune de Margnes) précisant que la est propriétaire des et qui exploitent déjà depuis 2015 le parc existant.

Cependant, ces deux documents émanant de tiers ne constituent pas des actes de propriété et ne peuvent s'y substituer. Si la reconnaît détenir des parts sociales des deux autres sociétés, il n'est justifié d'aucun document démontrant que les sociétés exploitantes ne sont que des filiales de la qui en détiendrait à elle seule le capital social. Et ce alors qu'il ressort de l'extrait de la n'en est que l'organe de direction.

Ainsi, en l'absence d'autres documents probants, l'action dirigée contre la qui n'est ni propriétaire, ni exploitante des éoliennes, qui n'entretient aucune relation de voisinage avec M. et Mme lesquels ne justifient pas à quel autre titre elle répondrait des agissements des sociétés exploitantes, ne peut être poursuivie en responsabilité pour les troubles anormaux de voisinage qu'ils invoquent.

La décision sera donc confirmée de ce chef.

Sur les troubles anormaux de voisinage

La mise en oeuvre de la responsabilité sur ce fondement ne nécessite que la démonstration du caractère anormal du trouble invoqué, dont la charge incombe à celui qui s'en plaint.

La faute de l'auteur du trouble n'est pas une condition de sa responsabilité. Et le respect des normes édictées, la licéité de l'activité ou son utilité pour la collectivité ne font pas obstacle à la reconnaissance du caractère anormal du trouble de voisinage.

L'anormalité du trouble s'apprécie in concreto dans sa réalité, sa nature et sa gravité en fonction des circonstances de temps et de lieu, bien souvent eu égard à ses conséquences dommageables pour les voisins le subissant et, en fonction des droits respectifs des parties, le juge devant opérer une balance des intérêts en présence.

En l'espèce M. et Mme se plaignent de nuisances sonores et visuelles du fait de l'implantation et l'exploitation du champ éolien. *Mais alors qu'il est en exploitation depuis février 2008 pour les 5 premières éoliennes et septembre 2009 pour la 6ème (la plus éloignée), ils ne se plaignent des nuisances et des répercussions sur leur santé que depuis mars 2013 date à laquelle le bois servant d'écran visuel a été coupé par son propriétaire et jusqu'à leur déménagement en mai 2015.*

La propriété de M. et Mme est située dans un environnement rural isolé en contre bas du parc éolien composé de 6 éoliennes tri pales de 58 mètres de haut.

L'éolienne la plus proche de leur propriété est située à 700 mètres et la plus éloignée à 1300 mètres.

L'impact sonore

L'article R 1334-30 du Code de la santé publique dispose que les émissions sonores, par leur intensité ou leur répétition, ne doivent pas porter atteinte à la tranquillité du voisinage et à la santé de l'homme.

L'arrêté du 26 août 2011 relatif aux installations de production d'électricité utilisant l'énergie mécanique du vent au sein d'une installation soumise à autorisation au titre de la rubrique 2980 de la législation des installations classées pour la protection de l'environnement (ICPE) fixe les "taux d'émergence" admissibles (différence entre le bruit ambiant avec éolienne et le bruit résiduel dans les zones à émergences réglementées), qui varient selon le jour et la nuit de 5 dB (A) de 7 h à 22 h et de 3 dB (A) de 22 h à 7h, des correctifs étant prévus en fonction du temps de présence cumulé d'un bruit particulier dans la période étudiée.

L'expert a effectué ses contrôles selon la Norme NF S 31-010 et NF S 31-114 avec cette précision que ces textes considèrent uniquement les bandes d'octave de 125Hz à 4000Hz alors que les très basses fréquences sonores (20 Hz à 100 Hz) et les infrasons (inférieures à 20 Hz) ne font actuellement l'objet d'aucune disposition réglementaire applicable.

Les mesurages ont été réalisés hors plan de bridage.

Ses conclusions sont les suivantes :

- l'environnement sonore est calme et rural, sans activité professionnelle, humaine ou agricole ni trafic routier,
- le parc éolien ne présente aucun désordre ou malfaçon,
- les émissions sonores de ce parc sont très majoritairement d'origine aérodynamique ; les bruits d'origine mécanique (bruit des éléments mécaniques dans la nacelle) sont imperceptibles pour le voisinage,
- le bruit aérodynamique semble avoir deux origines : l'écoulement d'air turbulent au niveau des extrémités des pâles, et le cisaillement de l'air lors du passage des pâles devant la tour (mât de l'éolienne) provoquant des changements rapides de la charge aérodynamique,
- en situation de vent dominant contraire (vent de Sud-Est), le parc éolien n'est pas audible,
- en revanche, en situation de vent dominant portant (vent de Nord-Ouest), les éoliennes n°1 et 2 sont audibles ; il s'agit d'un bruit très grave, rythmé par le passage des pales devant le mat (phénomène de cisaillement de l'air). Ce bruit est plus ou moins intense en fonction des conditions de vent. Il est aussi nettement perceptible depuis le jardin situé à l'arrière des bâtiments. Les bruits d'origine mécanique sont ici imperceptibles (bruit des éléments mécaniques dans la nacelle),
- l'énergie sonore émise par ce parc est majoritairement centrée dans les bandes de tiers d'octave allant de 6,3 Hz à 50 Hz, constituant les infrasons et les très basses fréquences. Cette composition spectrale constatée est liée à la rotation à faible vitesse des pâles de grande envergure (vitesse max. constatée = 20 t/mn, soit 1 tour/ 3s),
- les émissions sonores des éoliennes sont à l'origine, en limite de propriété des requérants, d'émergences sonores mesurées dépassant les 6 dB en période diurne et 3dB en période nocturne ;
- les émergences sonores sont constatées dans les infrasons (< 20 Hz) et majoritairement dans les très basses fréquences (< 100 Hz) et basses fréquences (< 200 Hz). L'expert précise que la plage couramment retenue des fréquences audibles pour l'oreille humaine est de 20 à 20 000 Hz.
- les émergences sonores les plus élevées sont toujours observées à 31,5 Hz.

L'expert a précisé que c'est avec l'accord des parties qu'elle a procédé aux mesurages en mode débridage qui est le mode d'exploitation ordinaire d'un parc éolien et qu'en l'espèce, les sociétés exploitantes n'avaient jamais, avant les opérations d'expertise, communiqué sur la possibilité de bridage ni surtout sur le bridage qu'elles avaient effectué en 2016 sur une des éoliennes. Et ce n'est qu'en fin d'opération d'expertise, qu'elles ont fait parvenir une attestation de (constructeur) du 15 novembre 2018 attestant de la réalité de la mise en place d'un plan de bridage acoustique d'une éolienne du parc depuis le 4 mai 2016 (la plus proche de la propriété). De sorte que les et ne sont pas légitimes ni fondées à contester les mesures de l'expert effectuées en mode débridage auquel elles ont adhéré et les mesurages de l'expert ayant été globalisés, elles ne l'ont pas mise en mesure d'individualiser l'impact sonore de la seule éolienne bridée par rapport aux autres. Toutefois, l'importance de l'émergence sonore est telle que selon l'expert, il est permis de douter des effets du bridage isolé.

attestation , il apparaît que non seulement une seule éolienne a été bridée mais encore dans des conditions et circonstances limitées (mode III, tous les jours, de 20h à 5h pour les directions de vent comprises entre 320 et 20 degré) d'où il ressort clairement que le bridage s'effectue à la discrétion des exploitantes comme l'affirment les appelants.

Par ailleurs, l'expert a procédé à l'analyse critique des études Delhom de 2016 et Gamba Acoustique de 2018 opposés par les intimés.

Or si le rapport Dehom vise la conformité avec la réglementation, il ne dit mot des émergences de très basses fréquences et basses fréquences qui ne font pas l'objet de dispositions réglementaires ; et les contrôles ont été opérés avec un plan de bridage dont il n'est donné aucune précision.

Quant à l'étude Gamba, elle conclut à l'existence d'infractions au niveau sonore : « pour la période nocturne par vent de secteur SE2 [130° ; 160°] des dépassements d'émergences réglementaires sont constatées entre 8 et 12m/s ...la réglementation acoustique en vigueur n'est pas respectée. » Et l'expert a noté que " la grande majorité des valeurs retenues ne correspondent pas à la médiane qui aurait dû être calculée au sens du projet de norme NFS 31-114. Les temps d'observation de la situation acoustique ont certainement été trop courts ne permettant pas d'obtenir 10 échantillons ou plus pour pouvoir calculer la médiane telle que préconisé par le projet de norme NFS 31-114. Les valeurs présentées dans l'étude doivent être considérées comme des estimations de la situation acoustique".

Et les mesures de ces deux études ont été effectuées conformément à la norme NF S 31-010 et au projet de norme NF S 31-114, alors que ce projet de norme a été annulé depuis (le 17 janvier 2018) par dissolution du groupe AFNOR.

Ainsi, il convient de s'en tenir au rapport d'expertise judiciaire dont la pertinence n'est pas démentie qui conclut "qu'une réelle gêne sonore peut être ressentie par M. et Mme . Cette gêne, caractérisée par l'émergence sonore, est constatée dans les infrasons, les très basses et les basses fréquences (plages de fréquence allant de 6,3 Hz à 200 Hz). La gêne se manifeste quelle que soit la direction du vent. Elle est plus importante en période nocturne, par vent portant de Nord-Ouest et augmente avec la vitesse du vent ". "Aucune émergence n'est constatée de jour dans les situations de vent contraire".

Le transport sur les lieux réalisé par le tribunal de Castres le 17 décembre 2019 ne contredit pas ces conclusions quant aux émergences sonores puisqu'en effet, l'expert retient que suivant la direction du vent en période diurne, il est tout à fait possible de ne rien entendre, les infrasons et basses et très basses fréquences n'étant pas audibles et alors que les conditions de vent ne sont pas connues au jour du transport sur les lieux.

L'impact visuel :

Sur le balisage lumineux

M. et Mme se sont plaints de dysfonctionnements auprès de l'ancien exploitant (en 2005) soit avant la reprise d'exploitation des 5 premières éoliennes par la et de la 6ème par la :

Devant l'expert, le représentant (fabricant) a reconnu les défaillances du balisage de nuit (fonctionnement avec éclats blanc réservé au signalement de jour) qui ont été traités fin 2015 soit après le départ des lieux de M. et Mme en mai 2015.

Par ailleurs, contrairement à ce qu'indiquent M. et Mme l'expert en page 30 de son rapport, ne conclut pas à la persistance de dysfonctionnements dans le balisage, le tableau qu'elle reproduit mentionne d'ailleurs que le balisage de la première éolienne est hors service (ce qui n'est d'ailleurs pas normal), et que le balisage des autres éoliennes fonctionne en mode alternatif. La 6ème éolienne est équipée de Leds et le représentant du fabricant a signalé qu'il n'était pas envisagé d'équiper les éoliennes 1 à 5 de première génération par des systèmes à Led.

Il en résulte l'absence de nuisance de ce chef.

Sur la vue des éoliennes

Durant les opérations d'expertise qui se sont déroulées en juillet 2018, étaient seulement visibles depuis la terrasse du gîte la partie supérieure (nacelle et pales) des éoliennes n°1 et 2 et l'extrémité des pales de l'éolienne n°3. L'expert précise que les autres éoliennes ne sont pas visibles depuis leur propriété mais, constatant la présence de nombreux feuillus de hautes tiges, elle considère que l'impact visuel du parc est majoré en hiver.

Durant le transport sur les lieux réalisé en hiver au contraire des opérations d'expertise, le tribunal a confirmé l'impact visuel des éoliennes.

Sachant que le parc éolien est distant de la propriété des époux de 700m à 1300m et que trois des premières éoliennes sur six sont visibles mais seulement en partie supérieure et particulièrement au niveau des pales tournantes et depuis l'extérieur, sur la terrasse, ce que confirment par ailleurs les photographies prises sur les lieux en été c'est-à-dire en présence de feuillage occultant, et que, malgré la coupe en 2013 du bois qui, dans l'étude d'impact à l'origine du projet, avait été considéré comme un important écran visuel et une mesure d'évitement, l'impact visuel apparaît certain mais modéré, la vue depuis la propriété sur ce site rural de qualité demeurant partiellement sauvegardée.

Il résulte de l'ensemble de ces éléments que les nuisances sonores et visuelles sont avérées et de nature à constituer un trouble du voisinage.

L'anormalité du trouble

Dès lors que l'anormalité du trouble s'apprécie in concreto, il convient de s'attacher à l'environnement du site mais également aux conséquences dommageables pour ceux qui le subissent, sans pour cela occulter que nul n'a un droit acquis à la conservation de son environnement et que le juge doit mettre en balance les intérêts en présence.

Il est constant que le parc éolien est situé dans un environnement protégé de toute pollution, isolé et rural mais sans caractéristique particulière.

M. et Mme [redacted] n'ont jamais été décrits comme des opposants systématiques à l'implantation d'éoliennes à proximité de leur propriété, leur acquisition en 2004 ayant été effectuée en connaissance du projet consacré par arrêté préfectoral du 7 mars 2005 réalisé à la suite d'une étude d'impact.

Le [redacted] désigné en qualité de sapiteur a ainsi décrit les doléances de M. et Mme [redacted] dans son rapport du 25 avril 2018 annexé à celui de Mme [redacted]

Les premiers troubles dénoncés par les appelants ont débuté en 2013. Ils ont diminué progressivement à la suite de leur déménagement en mai 2015 pour disparaître totalement début 2016.

Concernant M. [redacted] : il a commencé à consulter à compter d'avril 2013, jusqu'en 2015 ; il s'est plaint de fatigue, maux de tête persistants, oppressions douloureuses sur les oreilles, vertiges, nausées, troubles du sommeil, tachycardies fréquentes, malaises vagues, anomalies du rythme cardiaque. Il a été traité par antalgiques et anxiolytiques. Les examens cardiologiques et O.R.L., n'ont révélé aucune anomalie et son médecin traitant n'a dénoncé aucun antécédent. C'est lui qui suspectant la présence des éoliennes pour expliquer cette symptomatologie et alors que les symptômes s'amendaient à chaque déplacement de plusieurs jours, a proposé un déménagement qui a été bénéfique puisque les symptômes ont régressé pour disparaître complètement à compter de janvier 2016.

Mme [redacted] : a présenté à peu près les mêmes symptômes ; elle a consulté à compter de la même date avril 2013 où elle a été admise en urgence pour des douleurs thoraciques et abdominales subies depuis quelques semaines ; ses doléances sont les mêmes : nausées, oppressions thoraciques et abdominales, oppressions au niveau des oreilles, troubles du sommeil, syndrome dépressif. Le médecin traitant ne note aucun antécédent. Il n'a été décelé aucune anomalie cardiaque et O.R.L. et le bilan gastrique de juin 2013 montrait une gastrite réactive modérée. Elle a été traitée par antalgiques, antibiotiques et anti-inflammatoires depuis 2014.

Afin de vérifier le retentissement de la présence des éoliennes sur la santé et donc le lien de causalité entre ces troubles et les nuisances sonores décrites plus haut, le [redacted] s'est fondé sur les publications scientifiques de l'académie nationale de médecine (9 mai 2017) et de [redacted] (mars 2017) concernant l'évaluation des effets sanitaires des basses fréquences sonores et infrasons dus au parc éolien.

Ce rapport reconnaît en ces termes, l'existence d'un « syndrome des éoliennes » qui altère la qualité de vie de certains riverains : le syndrome des éoliennes réalise une entité complexe et subjective dans l'expression clinique de laquelle interviennent plusieurs facteurs. Certains relèvent de l'éolienne elle-même, d'autres des plaignants, d'autres encore du contexte social, financier, politique, communicationnel... Le syndrome des éoliennes, quelque subjectifs qu'en soient les symptômes, traduit une souffrance existentielle, voire une détresse psychologique, c'est-à-dire une atteinte de la qualité de vie qui, toutefois, ne concerne qu'une partie des riverains.

Le rapport identifie les symptômes relevant du syndrome éolien : il s'agit de symptômes très divers, d'ordre général (troubles du sommeil, fatigue, nausées), neurologiques (céphalées, acouphènes, troubles de l'équilibre,

vertige), psychologiques (stress, dépression, irritabilité, anxiété), endocriniens (perturbation de la sécrétion d'hormones stéroïdes), cardiovasculaires (hypertension artérielle, maladies cardiaques), sociaux comportementaux (perte d'intérêt pour autrui, agressivité, déménagement, dépréciation immobilière). Ces symptômes sont majoritairement de type subjectif ayant pour point commun les notions de stress, de contrariété, de fatigue. Trois facteurs concourent aux doléances exprimées : les nuisances visuelles, les nuisances sonores (qui est le grief le plus souvent allégué dû essentiellement aux basses fréquences et infrasons lesquels bien que inaudibles à l'oreille humaine peuvent valablement être ressentis), facteurs psychologiques associés ou non aux nuisances visuelles et sonores, ils jouent un rôle dans leur ressenti.

C'est dans le cadre de ces facteurs que l'on retrouve l'effet « nocebo » qui consiste en l'induction psychologique d'une doléance, d'une douleur, effet qui peut s'appliquer aux infrasons (la crainte de la nuisance sonore majore l'effet de la nuisance elle-même), mais également les facteurs individuels puisque chaque personne manifeste des profils émotifs différents, générateurs de symptômes psychosomatiques fragilisant l'individu et encore les facteurs sociaux et financiers qui suscitent des contrariétés, insatisfactions voire révolte.

En l'espèce, selon le [redacted], eu égard au délai d'exposition, 2008 à 2015, à la symptomatologie décrite pour chacun d'eux (douleurs épigastriques, acouphènes, palpitations, troubles du sommeil, retentissement psychologique), atténuée puis disparue avec l'éloignement du site, sans antécédent recensé, on peut considérer que M. et Mme [redacted] ont présenté un « syndrome des éoliennes » entraînant une altération de leur santé au sens de la définition de l'OMS citée dans le rapport de l'Académie Nationale de Médecine comme un « état de bien être physique, mental et social ».

Pour rapporter la preuve contraire et l'absence de conséquences sanitaires des émissions sonores des éoliennes, les intimées ne produisent qu'un article du journal Le Figaro du 19 janvier 2015 signé du [redacted], ce qui ne constitue pas une preuve scientifique sérieuse et actualisée publiée dans une revue idoine. De même doit être écarté l'argument suivant lequel les clients du gîte ne sont pas affectés par le fonctionnement des éoliennes dès lors que le [redacted] a précisé que la durée d'exposition était un facteur important dans l'apparition du syndrome des éoliennes. Et alors qu'elles soulignent que la situation a radicalement évolué depuis le bridage de l'éolienne n°1 en 2016 elles n'en fournissent aucune justification.

L'expert a fixé la date de consolidation au 1^{er} janvier 2016, sans persistance d'aucune séquelle.

Ses conclusions sont les suivantes

*déficit fonctionnel temporaire personnel partiel :

- à 10 %, correspondant à la période pendant laquelle M. et Mme [redacted] ont présenté une symptomatologie en relation avec le « syndrome des éoliennes » : du 01.04.13 au 06.05.15,
- à 5 %, correspondant à la période, après le déménagement, pendant laquelle M. et Mme [redacted] ont présenté une amélioration progressive de la symptomatologie en relation avec le « syndrome des éoliennes » : du 07.05.15 au 31.12.15.

*Souffrances endurées souffrances endurées avant consolidation: 2/7

tenant compte de l'hospitalisation en urgence, du suivi médical, de la réalisation d'examens complémentaires, de la prise de traitements ponctuels et du retentissement psychologique.

Il s'avère ainsi que si les atteintes à la santé subies par M. et Mme en lien avec la présence des éoliennes ont aujourd'hui disparu, c'est bien en raison non pas de l'attitude des intimés mais bien en raison du déménagement de M. et Mme puisque en effet, le bridage d'une éolienne sur 6 n'a été opéré qu'après leur départ en 2016 de même que la cessation du dysfonctionnement du balisage lumineux en octobre 2015 alors qu'ils se sont plaints des nuisances bien antérieurement, jusqu'à saisir le Préfet par la voix de leur avocat le 7 juillet 2015 (réponse du Préfet du 14 août 2015).

Puisque l'anormalité du trouble s'apprécie in concreto, qu'il se mesure à ses conséquences dommageables pour les voisins le subissant et, en fonction des droits respectifs des parties, dès lors que les intimés ne donnent aucune indication sur l'intérêt énergétique de ce site éolien ainsi que sur l'impact du bridage de l'éolienne n°1, elles ne mettent pas la cour en capacité d'opérer une balance des intérêts en présence.

Dans ces conditions, le trouble créé par la présence du parc éolien exploité par la et la constitue un trouble anormal de voisinage qu'il convient, à défaut de faire cesser puisqu'il n'est proposé aucune mesure alternative en ce sens, de réparer par l'allocation de dommages et intérêts. La décision sera donc infirmée.

Les préjudices

M. et Mme sollicitent l'allocation des sommes suivantes :

- *249.000,00€ au titre de la perte de leur bien, somme à parfaire ;
- *40.599,38 € au titre du préjudice de jouissance, somme à parfaire;
- *14.912,78 € au titre des frais engendrés par le déménagement, somme à parfaire (déménagement : 500 € TTC, mise hors gel des canalisations : 1336,25 euros; déplacement entre la location et leurs propriétés de juin 2015 à décembre 2016: 11 713,17 euros correspondant à 34 km X 579 jours X 0,595 €) ;
- *4.000,00 € à chacun au titre du pretium doloris ;
- *2.216,25 € à chacun au titre de la réparation de leur déficit fonctionnel temporaire à hauteur de 25 € par jour à 10 % soit du 1er avril 2013 au 6 mai 2015 soit 767 jours X 2,5€ = 1917,50 euros ; et du 7 mai 2015 au 31 décembre 2015 à 5 % soit 239 jours X 1,25% X 239 jours = 298,75 euros
- *30.000,00 € à chacun au titre de leur préjudice moral respectif.

Les intimés s'y opposent considérant l'absence de pièces justificatives notamment de la location, des estimations immobilières, les calculs erronés proposés pour la perte de valeur, l'absence de préjudice depuis le bridage en 2016, l'exploitation du gîte malgré les impacts supposés sur la santé humaine, les témoignages pourtant positifs des résidents.

La perte de leur bien

M. et Mme font état d'une perte de chance de vendre l'immeuble à sa valeur, actualisée à la somme de 415 000€ hors présence d'éoliennes, selon l'estimation d'une agence immobilière. Ils estiment qu'en raison de la présence du parc éolien leur immeuble a perdu 40 % de sa valeur de sorte qu'ils sollicitent l'allocation de la somme de 249 000€ représentant 60 % de sa valeur actualisée.

La réparation d'une perte de chance doit être mesurée à la chance perdue et ne peut être égale à l'avantage qu'aurait procuré cette chance si elle s'était réalisée. La perte de chance ne recouvre donc pas la totalité du préjudice dans la mesure où même si elle est certaine, le fait d'échapper au préjudice est loin d'être acquis. L'indemnisation ne peut donc représenter qu'une fraction du préjudice subi.

Or M. et Mme ne justifient pas qu'après avoir mis en vente leur propriété au prix actuel du marché ils ont dû se résoudre à vendre à un prix moindre en raison de la présence des éoliennes ce qui leur aurait donc fait perdre une chance évaluée à 40 %, de vendre au prix du marché. En effet, la seule attestation produite d'un agent immobilier ne vise que des visites du site et aucune proposition de prix.

D'autre part, à travers un préjudice qualifié de perte de chance de vendre au prix du marché, en produisant des estimations de valeurs immobilières, ils invoquent en réalité une perte de valeur du bien affecté de la nuisance résultant de la proximité du parc éolien.

Et en effet, comparativement à ce qu'ils ont investi pour l'achat et la rénovation du site (313 650€) par rapport à la valeur moyenne de ce bien en l'état, estimée par deux professionnels de l'immobilier (285 000€) la perte de valeur s'établit à 28 650€.

Le préjudice de jouissance

M. et Mme ont dû déménager pour préserver leur santé.

Ils évaluent le coût de leur relogement à 500€ par mois pendant 6 ans et 7 mois depuis juin 2015 correspondant à la location d'un autre logement en sus des prêts immobiliers restant encore à courir au jour de leur départ des lieux.

Ils en justifient par la production d'une attestation de la , soit une somme de 39 500€ qui n'est pas utilement contestée.

Les frais d'assurance dont ils justifient correspondent à ceux de la propriété litigieuse qu'ils auraient dû engager de toute façon même s'ils n'avaient pas quitté les lieux. Il en est de même des frais d'entretien de la propriété. En revanche, ils ne justifient ni d'une assurance locative ni de frais engendrés par leur nouvelle situation. Aucune somme ne peut donc leur être allouée de ces chefs.

Les frais

L'obligation dans laquelle ils se sont trouvés de quitter les lieux a engendré des frais de déménagement puis des frais de déplacement pour l'entretien et la surveillance du site qui doivent en conséquence être indemnisés durant la seule période réclamée de juin 2015 à décembre 2016 (579 jours = 19 mois) à hauteur de la somme de (500€ pour le déménagement et 500€/mois X 19 mois =) 10 000€.

Le pretium doloris

Ce poste de préjudice indemnise les souffrances tant physiques que morales endurées par la victime du fait des atteintes à son intégrité, ainsi que les traitements, interventions, hospitalisations qu'elle a subies depuis l'accident jusqu'à la consolidation fixée en l'espèce au 1^{er} janvier 2016.

Évalué par l'expert à 2/7 pour tenir compte de l'hospitalisation en urgence, du suivi médical, de la réalisation d'examen complémentaires, de la prise de traitements ponctuels et du retentissement psychologique, ce poste de préjudice sera indemnisé à hauteur de 4000€ pour chaque époux.

Le déficit fonctionnel temporaire

S'agissant d'indemniser l'aspect non économique de l'incapacité temporaire, l'indemnité forfaitaire de 25€/jour (moitié du) réclamée par M. et Mme peut être accordée pour réparer la gêne dans les actes de la vie courante diminuée en l'espèce puisque selon l'expert l'incapacité temporaire n'a été que partielle à 10 % du 1^{er} avril 2013 au 6 mai 2015 soit 767 jours et à 5 % du 7 mai 2015 au 31 décembre 2015 soit 239 jours : Soit 2.216,25€ pour chaque victime.

Le préjudice moral

Ce poste de préjudice ne se confond pas avec le pretium doloris subi jusqu'à la consolidation déjà indemnisé.

M. et Mme avaient investi dans ce lieu pour y résider à l'année et pour Mme y exploiter 3 gîtes ruraux : il s'agissait donc non seulement de leur lieu de vie mais également du domicile professionnel de cette dernière. Ils ont dû renoncer à ce projet dans sa configuration initiale. Ils subissent donc un préjudice moral lié à la perte de leur lieu de vie qu'il convient d'indemniser à hauteur de 10 000€ pour chacun d'eux.

PAR CES MOTIFS

La cour

 infirme le jugement du tribunal judiciaire de Castres en date du 16 janvier 2020, sauf en ce qu'il a débouté M. et Mme de leurs demandes à l'encontre de la

Statuant à nouveau

- Dit que la _____ et la _____ sont responsables des troubles anormaux de voisinage subis par M. et Mme _____ du fait de l'exploitation du parc éolien situé sur la commune de Margnes Fontrieu.

- Condamne in solidum la _____ et la _____ à verser à M. et Mme _____ en réparation de leur préjudices les sommes de :

- *28 650€ au titre de la perte de valeur du bien,
- *39 500€ au titre du trouble de la jouissance,
- *10 000€ en remboursement des frais induits,
- *4000€ au titre des souffrances endurées par M.
- *4000€ au titre des souffrances endurées par Mme
- *2.216,25 € au titre du déficit fonctionnel temporaire subi par M.
- *2.216,25 € au titre du déficit fonctionnel temporaire subi par Mme
- *10 000€ au titre du préjudice moral subi par M.
- *10 000€ au titre du préjudice moral subi par Mme.

- Vu l'article 700 du code de procédure civile, condamne in solidum la _____ et la _____ à verser à M. et Mme _____ la somme de 5000€ au titre de frais irrépétibles de première instance et d'appel.

- Condamne in solidum la _____ et la _____ aux dépens de première instance et d'appel.

LE PRESIDENT

"En conséquence, la République française mande et ordonne à tous huissiers de justice, sur ce requis, de mettre ledit arrêt à exécution, aux procureurs généraux et aux procureurs de la République près les tribunaux de grande instance d'y tenir la main, à tous commandants et officiers de la force publique de prêter main forte lorsqu'ils en seront légalement requis.
En foi de quoi le présent arrêt a été signé par le président et le greffier."

Toulouse, le 09/07/2021
P/le directeur des services de greffe judiciaires

